



**Aufbruch für Darmstadt –
gemeinsam Verantwortung übernehmen**

Koalitionsvertrag

zwischen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Darmstadt

und

CDU Darmstadt

für die Legislaturperiode 2011 bis 2016

Inhalt

Präambel

1. Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern – mehr lokale Demokratie wagen	8
2. Finanzen, Wirtschaft, Verwaltung – Haushalt konsolidieren, nachhaltig wirtschaften, Gestaltungskraft gewinnen	11
3. Soziales, Familie, Betreuung und Bildung – eine Stadt für alle schaffen	21
4. Frauen – Chancengleichheit herstellen	31
5. Kommunale Integrationspolitik – weltoffen und tolerant miteinander leben	32
6. Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik – Green City gemeinsam bauen	33
7. Mobilität und Verkehr – intelligent voran kommen	39
8. Stadtentwicklung und Wohnen – Darmstadt lebenswert gestalten	46
9. Kultur – Tradition und Moderne entfalten	52
10. Sport – Darmstadt in Bewegung halten	55
11. Sicherheit und Ordnung – Gesicht zeigen, angstfrei leben	56

Präambel

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Kommunalwahl am 27. März 2011 und bei der Oberbürgermeisterwahl am 10. April 2011 in Darmstadt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU aus unserer Sicht den Auftrag erteilt, einen kommunalpolitischen Aufbruch zu unternehmen. Vorhandene stadtpolitische Blockaden müssen gelöst werden, Entscheidungen müssen mit Bürgerbeteiligung besser vorbereitet und schneller umgesetzt werden, die Dynamik unserer Stadt muss in der Kommunalpolitik und der Stadtregierung ihren Ausdruck finden. Wir werden diesen Aufbruch gemeinsam mit der Darmstädter Stadtgesellschaft und Stadtwirtschaft starten und unsere Stadt zu einer modernen und weltoffenen Bürgerstadt machen und den Wissens- und Wirtschaftsstandort stärken.

Mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag stellen wir die Weichen für die zentralen Aspekte einer prosperierenden, funktionierenden und stabilen Stadtgesellschaft – Bestand und Entwicklung, Tradition und Moderne, Vertrauen und Mitsprache auf der Basis einer nachhaltigen, soliden Haushaltspolitik.

Die elf im Vertrag beschriebenen kommunalen Handlungsfelder sind für uns die zentralen Herausforderungen der Stadtpolitik in den kommenden fünf Jahren. Wir werden die Potentiale unserer Stadt entwickeln und stärken.

Wir setzen auf eine nachhaltige Stadtentwicklungs-, Umwelt- und Verkehrspolitik, die auf einer ausgewogenen Balance von Wirtschaftsförderung und Sozialpolitik basiert.

Moderne Verwaltungsstrukturen, stadtteilorientierte Arbeit und ressourcenorientierte Planung verstehen wir als prinzipielle Leitlinien unseres Handelns.

Unser Koalitionsvertrag greift strukturelle und individuelle Perspektiven und Lösungsstrategien für die aktive Gestaltung der Stadtgesellschaft für alle Generationen, für Frauen und Männer, für Einheimische und Zugewanderte auf.

Alle formulierten Ziele werden wir mit Konzepten und differenzierten Vorschlägen verfolgen. Wir setzen aber auch darauf, unsere Vorschläge im Dialog mit der Stadtgesellschaft und den anderen kommunalpolitischen Akteuren zum Wohle unserer Stadt weiter zu entwickeln, zu verbessern und zu realisieren.

Mit dem eingeschlagenen, gemeinsamen politischen Kurs tragen beide Partner unabhängig von der jeweiligen Magistrats- bzw. Ressortzuständigkeit und der Aufgabenverteilung im Magistrat mit jeweils zwei hauptamtlichen Dezernenten/-innen und

dem direkt gewählten Oberbürgermeister die Verantwortung für transparente, professionelle, effektive und effiziente Strukturen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Darmstadt hat immer wieder unter Beweis gestellt, dass Neues entstehen kann, dass Innovationen wirksam werden, dass Zukunftsweisendes gedacht und realisiert wird. Wir wollen beidem gerecht werden: der Pflege von Tradition, Heimat und Geschichte und dem Mut zu neuem Denken und Handeln, beides soll in unserem kommunalen Handeln seinen kulturellen und politischen Ausdruck finden.

Der hier vorgelegte Koalitionsvertrag zwischen GRÜNEN und CDU in Darmstadt ist die Basis unserer zukünftigen Zusammenarbeit. Wir sind uns bewusst, dass diese neue Partnerschaft, das ökologisch-bürgerliche Bündnis für Darmstadt ein Neuanfang und auch ein Wagnis ist. Dem stellen wir uns im festen Willen zu verlässlicher und verantwortlicher Kooperation. Beide Partner werden unabhängig von der jeweiligen Magistrats- bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung übernehmen. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten innerhalb der Koalition wird es nicht geben. Eigenständige Initiativen sind möglich, müssen jedoch mit dem Partner abgestimmt sein.

Dieses Ziel der gemeinsamen Verantwortung verbinden wir mit einem Angebot an die anderen kommunalpolitischen Akteure, einen neuen Stil der kommunikativen Auseinandersetzung und dialogischen Entscheidungsfindung für unsere Stadt zu entwickeln.

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU, werden gemeinsam die neue Wahlperiode gestalten, auch in dem gegenseitigen Vertrauen, das in den konstruktiven Koalitionsverhandlungen gewachsen ist. Wir sind zuversichtlich, dass bei dem Vielen, was uns eint und dem gegenseitigen Verständnis für das, was uns programmatisch trennt, doch immer gemeinsame Lösungen gefunden werden – **zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Darmstadt.**

Darmstadt, 20. Mai 2011

Jochen Partsch
gewählter Oberbürgermeister

Hildegard Förster-Heldmann
Parteisprecherin B' 90/DIE GRÜNEN

Ulrich Pakleppa
Parteisprecher B' 90/DIE GRÜNEN

Ctirad Kotoucek
Kreisvorsitzender CDU

Brigitte Lindscheid
Fraktionsvorsitzende B' 90/DIE GRÜNEN

Rafael Reißer
Fraktionsvorsitzender CDU

1. Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern – mehr lokale Demokratie wagen

Bürgerbeteiligung stärken ist eine Anforderung an unsere bewährte parlamentarische Demokratie, die von vielen gestellt wird. Sie darf nicht nur modisches Schlagwort sein, sondern braucht konkrete Modelle und Verfahren. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern als Basis politischer Entscheidungen ist für uns ein Grundprinzip unseres politischen Handelns.

Wir beachten und wertschätzen alle vorhandene Bürgerbeteiligung in den vielfältigen Formen ehrenamtlichen Engagements, sei es individuell, in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Initiativen. Unsere Stadtgesellschaft lebt von diesem Engagement und hält dadurch zusammen – Aktivitäten der Freiwilligkeit werden in Zeiten demographischer Veränderung eher noch wichtiger. Daher sieht es die Koalition nicht als Akt der Großzügigkeit, sondern der Selbstverpflichtung, den Vereinen verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir wollen alles Engagement freisetzen und evtl. vorhandene bürokratische Hindernisse minimieren, damit Menschen sich ermutigt sehen, z.B. Patenschaften jeglicher Art zu übernehmen, als kleine und größere Sponsoren das Lebensumfeld zu verschönern, Aktivitäten zu ermöglichen, oder auch Stiftungen einzubringen.

Wir begrüßen es nicht nur, dass die Menschen in unserer Stadt sich aktiv in kommunalpolitische Handlungsfelder einbringen wollen, für uns ist dies eine Herausforderung und eine Chance, Beteiligung, Dialog und Transparenz für unsere Stadt neu zu organisieren. Ziel unserer neuen kommunalpolitischen Beteiligungsstrategie ist es, einerseits den schon aktiven Menschen oder Institutionen bessere Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, andererseits auch diejenigen zu gewinnen, die sich von der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt sehen.

Grundsätzlich gilt für uns, dass nach Bürgerbeteiligungsprozessen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung die letztendliche Verantwortung über die politischen Entscheidungen in unserer Stadt haben. Sie müssen verschiedene politische Verantwortungsbereiche gewichten und in Einklang bringen.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass wir diese legitimierte Entscheidungshoheit besser ausüben können, wenn wir den Erfahrungsschatz, das Wissen und die Kompetenzen der Menschen nutzen.

Dazu werden wir verlässliche, beteiligungsorientierte, gleichzeitig auch dialog- und

lernfähige Rahmenbedingungen entwickeln:

1. Als Basis für den Aufbau systematischer Beteiligungsprozesse werden wir ein Planungsteam im Dezernat des Oberbürgermeisters aufbauen, das diese Partizipationsprozesse initiiert, lenkt und strukturiert.
2. Wir werden dafür sorgen, dass kontinuierlich aktuelle Planungsdaten (wie z.B. Demographie-, Sozial-, Jugendhilfedaten) zur Verfügung stehen, um die Partizipationsprozesse auf der Grundlage verwertbarer Datenlagen in die Wege zu leiten.
3. Wir werden Strukturen schaffen, die Vereine und Initiativen aktiv unterstützen, ihre selbst gewählten Aktivitäten partizipativ bei der Entwicklung unserer Stadt einzubringen, insbesondere Jugendeinrichtungen, Seniorinnen und Senioren, Behindertenverbände, Migrantenselbstorganisationen und Elterninitiativen usw.
4. Wir werden dazu konkret die Mitwirkungsrechte des Seniorenrates stärken. Die Verbesserung der partizipativen Möglichkeiten anderer bestehender Gremien, wie des Ortsbeirats Wixhausen, des Jugendhilfeausschusses, des Ausländerbeirats oder des Jugendforums ist unser Ziel.
5. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Adressatenbeteiligung) wollen wir, insbesondere bei der Planung von Freizeitflächen, aber auch bei der Entwicklung von Projekten in den Stadtteilen, die sich an diese Zielgruppe richten, ausbauen.
6. Wir wollen die teilweise erprobten Planungswerkstätten zur Regel bei allen städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerben mit besonderer Bedeutung machen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Anregungen noch in politische Entscheidungen und die Ausschreibungen zu Wettbewerben einfließen können.
7. Wir werden regelmäßig Bürgerversammlungen zu relevanten Strukturentwicklungen und Standortfragen durchführen.
8. Wir werden Quartiersforen/Stadtteilforen als Beteiligungsgremien initiieren, sofern noch nicht vorhanden, und werden die Ergebnisse sichern und für die gesamte Stadtpolitik aufbereiten und verwertbar machen.
9. Zur Stärkung der politischen Teilhabe von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen werden wir das Konzept zur Gemeinwesenarbeit umsetzen.
10. Bei zentralen infrastrukturellen Projekten werden wir Bürgerinformations- und beteiligungsprozesse im Vorfeld und bedarfsweise Bürgerbefragungen und –

entscheide durchführen.

11. Wir werden weiterhin in regelmäßigen Abständen Bürgerbefragungen durchführen.
12. Wir werden internet-basierte Kommunikations- und Beteiligungsforen aufbauen, die von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt genutzt werden können.
13. Nach der Erarbeitung eines Produkthaushaltes werden wir einen Bürgerhaushalt vorlegen, der informelle Transparenz herstellt und die Möglichkeit zur Mitsprache eröffnet.
14. Wir werden politische Entscheidungen und Verwaltungsabläufe transparent und nachvollziehbar kommunizieren; wir setzen uns für eine offene und konstruktive Anerkennungs- und Kritikkultur ein.

2. Finanzen, Wirtschaft, Verwaltung – Haushalt konsolidieren, nachhaltig wirtschaften, Gestaltungskraft gewinnen

Ebenso wie die Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit und der Erhalt der Umwelt ist eine ausgewogene und dauerhaft tragfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik die Basis für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt: Das geliehene Geld von heute gefährdet die Entwicklungs- und Handlungschancen von morgen; die jetzt aufgebauten Schulden sind die Grundlage für die Verteilungskonflikte der Zukunft.

Wir werden daher in der kommenden Wahlperiode alle kommunalen Programme, Projekte und Initiativen dahingehend überprüfen, ob sie mit der Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt vereinbar sind. Es sind konsequente Korrekturen in der städtischen Haushaltspolitik erforderlich, die nicht nur ein Ende der Neuverschuldung, sondern mittelfristig den Einstieg in ein Entschuldungsszenario ermöglichen. Erst die Tilgung bestehender Kredite und damit der Verzicht auf Zinszahlungen wird Darmstadt wieder die Gestaltungs- und Handlungsspielräume eröffnen, die unsere lebendige und lebenswerte Stadt verdient hat und die künftigen Generationen eine faire Entwicklungschance erlaubt.

Die verantwortliche und zukunftsfähige Gestaltung der kommunalen Handlungsfelder gelingt mit konsequenter Aufgabenkritik und dem Willen, Verwaltungsreformen auch umzusetzen. Wir setzen hier auf die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten der Stadtverwaltung. Motivierte Mitarbeiter/-innen, die Entwicklungsperspektiven haben, sind ein starker Antrieb für die notwendigen Reformen. Bei allen Überlegungen zur Neuordnung des städtischen Haushalts und der städtischen Verwaltung werden wir dafür sorgen, dass die Stadt verstärkt ihre soziale Verantwortung als Arbeitgeberin wahrnimmt. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Personalrat verbessern und das Personalmanagement stärken, damit in Zukunft in der Stadtverwaltung die Transaktionskosten reduziert werden. Ein zielloses Sparen mit dem Rasenmäher bei gleichbleibenden Aufgaben auf dem Rücken der Beschäftigten wird es mit uns nicht geben.

Wir werden den Haushalt konsolidieren, die Wirtschaft und Stadtwirtschaft nachhaltig fördern und damit kommunale Gestaltungskraft zurück gewinnen.

Bestandsaufnahme und Kassensturz

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode muss ein umfassender Kassensturz und eine

umfassende Bestandsaufnahme des Vermögens, der Schulden und der Risikopotentiale der Stadt erfolgen, um eine „Standortbestimmung“ der städtischen Finanzen zu erhalten. Der Kassensturz darf nicht nur den Kernhaushalt, sondern muss auch die Eigenbetriebe und die Beteiligungen umfassen, da hier ebenso erhebliche Risikopotentiale zu vermuten sind. Ferner muss der Kassensturz den aufgelaufenen Sanierungsstau in allen wesentlichen Infrastrukturgebieten umfassen, um auch hier die zu erwartenden zukünftigen Haushaltsbelastungen offenzulegen.

Ein Hauptaugenmerk wird hierbei auf die wirtschaftliche Sanierung gegenwärtig defizitärer Einrichtungen zu legen sein, um die Belastungen für den städtischen Haushalt zu verringern und Arbeitsplätze zu sichern. Zu wirtschaftlichen Aspekten gilt es für, die größeren Einzel-Investitionsvorhaben (z.B. Zusammenlegung Klinikum, Berufsschulzentrum, Schwimmzentrum Nord, Ausstellungsgebäude Mathildenhöhe) tragfähige Finanzierungsmodelle als Basis zu schaffen.

Die Ergebnisse des Kassensturzes sind - im untechnischen Sinne - als Eröffnungsbilanz der neuen Koalition auf einer Bürgerversammlung 2011 vorzustellen.

Wir werden die transparente Darstellung der Pflichtleistungen einerseits und der sogenannten freiwilligen Leistungen andererseits vorlegen. Ein regelmäßiges interkommunales Benchmarking mit vergleichbaren Städten zur Aufgabenwahrnehmung und zu den Verwaltungsprozessen kann hilfreiche Erkenntnisse und Grundlagen für eine Aufgabenkritik und eine Standortbestimmung der Stadt sein. Bei den Benchmarking-Analysen sind thematische kommunale Vergleichsringe (Baugenehmigung, Sozialhilfe, Jugendhilfe, Gewerbeansiedlung) heranzuziehen.

Produkthaushalt /Bürgerhaushalt/Transparenz

1. Die Einführung eines Produkthaushaltes soll in Stufen bis zum Haushaltsjahr 2013 erfolgen. Der Produkthaushalt muss alle Produkte, die dem Bürger zur Verfügung gestellt werden, transparent darstellen und die Kosten der Produkterstellung vollständig zeigen. Die Produkte sind mit aussagefähigen Kennzahlen zu erläutern.
2. Der Produkthaushalt wird durch ein regelmäßiges Berichtswesen flankiert, das unter anderem zum Haushaltsvollzug und zur Umsetzung eines neuen Haushaltssicherungskonzeptes Aussagen treffen muss.
3. Damit das Berichtswesen auch mögliche Risikopotentiale und zukünftige Zahlungsverpflichtungen aufzeigen kann (Beispiel Pensionsverpflichtungen), ist die Umstellung auf

das kaufmännische Rechnungswesen und die Einführung einer aussagekräftigen Kosten- und Leistungsrechnung voranzutreiben.

4. Der städtische Haushalt soll nicht nur transparenter dargestellt werden, sondern muss auch wieder Planungssicherheit für Bürgerschaft und Vereine bieten.
5. Die konsequente Darstellung der Folgekosten von Beschlüssen des Magistrats- und der Stadtverordnetenversammlung ist unerlässlich.

Entschuldungskonzept

1. Die Neuverschuldung muss gestoppt werden. Wir streben bis 2015 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung an. In diesem Kontext ist die Schuldentilgung anzugehen und eine spürbare Reduzierung der Zinsbelastung anzustreben, um den kommunalpolitischen Handlungsspielraum zurückzuerlangen.
2. das vorliegende Haushaltssicherungskonzept, das Projekt zur kennzahlengestützten Produktsteuerung, sowie die Zwischenergebnisse der Stadtwirtschaftsstrategie werden zusammen geführt und als Grundlage für ein neues umfassendes Haushaltssicherungskonzept genutzt.
3. Alle geplanten Programme und Maßnahmen stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt. Realisierungsmöglichkeiten und Finanzierungsszenarien werden nach dem „Kassensturz“ nachvollziehbar erarbeitet und dargelegt.
4. Sonderausschüttungen oder Veräußerungserlöse durch Anteilsverkäufe der städtischen Unternehmen werden mindestens zu zwei Dritteln zur Schuldentilgung und der verbleibende Rest für Investitionen in die kommunale Infrastruktur verwendet und nicht konsumptiv verausgabt.
5. Wir werden prüfen, wie eine freiwillige kommunale Schuldenbremse verankert werden kann.
6. Ziel: Haushaltsausgleich im Laufe der Legislaturperiode.

Ausgabensenkung

Ein Element der Haushaltskonsolidierung muss die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit u. a. mit Landkreis und den Landkreisgemeinden in den Bereichen Verwaltung, Dienstleistung und Beschaffungen sein.

Weitere Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung:

1. Klarere Zielvorgaben an Zuwendungsempfänger / Evaluation von Förderprogrammen und Zuwendungen und verstärkte Kontrolle der Mittelverwendung.
2. Einführung eines städtischen Energiemanagements.
3. Überprüfung von Mitgliedschaften / Versicherungsverträgen.
4. Verkauf aller städtischen Wohnungen mit der Sicherung notwendiger Belegungsrechte.
5. Überprüfung der städtischen Liegenschaften auf mögliche Zusammenführung. Verkauf und Entwicklung des Marienplatzes und Mercksplatzes vorantreiben.

Einnahmensteigerung

1. Steuererhöhungen oder die Einführung neuer Steuern dürfen kein Instrument der Haushaltskonsolidierung sein. Insbesondere Gewerbesteuererhöhungen sind auszuschließen. Eine Erhöhung der Grundsteuer zur Sanierung von Straßen als Ersatz für Anliegerbeiträge wird geprüft, um eine gerechte Verteilung der Belastungen zu erreichen.
2. Eine Überprüfung sämtlicher Gebührenhaushalte wird vorgenommen, um den Kostendeckungsgrad zu ermitteln. Erhebliche Kostenunterdeckungen sind zu vermeiden.
3. Wir werden das städtische Forderungsmanagement überprüfen und verbessern.
4. Durch die zügige Entwicklung der Konversionsflächen und der vorhandenen Baugebiete und der damit verbundenen Neuansiedlung gewerblicher wie Wohnraumnutzung werden die direkten Steuereinnahmen sowie die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich steigen.
5. Mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg werden Gespräche zur gerechten finanziellen Lastenverteilung hinsichtlich der Leistungen des Oberzentrums Darmstadt geführt.
6. Wir werden uns gegenüber dem Land und dem Bund für eine tatsächliche Anwendung des Konnexitätsprinzips einsetzen und Initiativen des hessischen und deutschen Städtetages zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen unterstützen.
7. Wir werden alle Fördermittel und Förderprogramme, die es auf Landes- Bundes- und EU-Ebene, gibt oder Stiftungsmittel und weitere Fördermöglichkeiten prüfen und wenn möglich abrufen.

8. Die Herausnahme des Darmbachwassers aus der städtischen Kläranlage und gegebenenfalls seine (teilweise) Offenlegung werden einer objektiven Neubewertung unterzogen. Dies erfolgt insbesondere unter dem Aspekt der Einsparung von Abwassergebühren und der damit möglichen Investitionen in anderen Bereichen.

Personal- und Organisationsentwicklung

Das Personal der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe ist motiviert, qualifiziert und einsatzbereit im Interesse der Bürger-/innen unserer Stadt. Das muss so bleiben, deshalb wollen wir die Beteiligung der Beschäftigten an Veränderungsprozessen fördern und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen, Schwerbehindertenvertretungen und den Frauenbeauftragten stärken.

1. Ohne eine Absenkung der Personalausgaben wird eine Konsolidierung des Haushalts nicht gelingen. Die Grenzen der Personalkostenkonsolidierung werden durch die Sicherung kommunaler Pflichtaufgaben und die Belastung der städtischen Beschäftigten gesetzt. Hierüber muss mit dem Regierungspräsidium eine einvernehmliche Abstimmung erzielt werden.
2. Die nach wie vor vom Regierungspräsidium auferlegte Personalkostenkonsolidierung, verbunden mit Stellenbesetzungssperre und Stellenstreichungsaufgabe, werden wir so gestalten, dass die Entscheidungswege nachvollziehbar und die Arbeitsbelastung der einzelnen Beschäftigten angemessen bleibt. Wir wollen die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Verwaltung erhalten und weiterhin eine effektive und professionelle Dienstleistungseinrichtung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sein.
3. Unser Ziel ist es, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Personalvertretung zurückzuerlangen. Wir werden mit und nicht bei den Mitarbeiter/-innen sparen. Gemeinsam mit den städtischen Mitarbeiter/-innen ist ein nachhaltiges Personalentwicklungs- und Qualifizierungsprogramm einzuführen. Dieses muss auch den Wissenstransfer, z.B. bei altersbedingtem Ausscheiden erfahrener Mitarbeiter/-innen gewährleisten.
4. Mit uns wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Es wird jedoch notwendig sein, eine klare Aufgaben- und Funktionskritik durchzuführen, die für die gesamte Stadtverwaltung eine Neuausrichtung von Tätigkeitsmerkmalen bedeuten kann und somit auch für den einzelnen Arbeitsplatz eine Änderung herbeiführen. Diese

Prozesse werden wir transparent und in enger Zusammenarbeit mit den Führungskräften, den Beschäftigten und Personalvertretungen umsetzen.

5. Die Organisationsentwicklung soll den Abbau von Doppelstrukturen (innerhalb der Stadtverwaltung, darüber hinaus zwischen Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft sowie benachbarten Landkreise und Kommunen) erreichen und effiziente Geschäftsprozesse schaffen.
6. Wir werden – zusätzlich zu den vom Personalrat einberufenen Personalversammlungen – Dienstversammlungen durchführen, bei denen sich die Beschäftigten zu relevanten Themen beteiligen und einbringen können.
7. Wir werden die Zusammenarbeit des hauptamtlichen Magistrats mit den Amtsleitungen neu strukturieren und regelmäßige Führungskräfteworkshops durchführen, die dem Führungsanspruch einer modernen Verwaltung gerecht werden.
8. Personalentwicklung wird eine zentrale Rolle in der Modernisierung der Verwaltung einnehmen – insbesondere werden wir die Instrumente für Zielvereinbarungsgespräche implementieren.
9. Wir werden die Einführung von Leistungs- und Erfolgsprämien sowie Konzepte zur Ideenprämierung prüfen.

Nachhaltiges Beschaffungswesen und Green IT

Die aktuellen Vergaberichtlinien der EU-Kommission und ihre Umsetzung ins deutsche Recht erlauben der öffentlichen Hand, Nachhaltigkeitskriterien in die Vergabe einfließen zu lassen.

Diese Chance wollen wir nutzen, indem wir die in diesem Bereich dezentralen Aktivitäten der Stadt zusammen führen und konsequent auf eine nachhaltige Beschaffung ausrichten. Dies wird zu einer Belebung der regionalen Wirtschaft und des Handwerks sowie zu Innovationen im Bereich der nachhaltigen Technologien führen. Beim nachhaltigen Beschaffungswesen wollen wir bei den zu beschaffenden Produkten den Herstellungsprozess, die Lebenszykluskosten, den Energieverbrauch, die CO₂-Bilanz, die Betriebs- und Entsorgungskosten, die Recyclingfähigkeit, die Schadstoffbilanz sowie die Wirtschaftlichkeit und soziale Kriterien in die Gesamtbetrachtung eines Produkts einfließen lassen. Nur Unternehmen, die Tariflöhne bezahlen, werden öffentliche Aufträge erhalten. Darüber hinaus braucht die Stadt Darmstadt ein Gesamtkonzept für Green IT, d.h. für eine

umwelt- und ressourcenschonende Informations- und Kommunikationstechnologie für die gesamte Stadtverwaltung. Es ist zu prüfen, ob bezüglich der IT-Infrastruktur Synergien zwischen der Stadtverwaltung und den Unternehmen der Stadtwirtschaft erzielt werden können.

Einfluss auf die Daseinsvorsorge sichern – Stadtwirtschaft intelligent weiterentwickeln

Die Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Wasser und Energie, die Bereitstellung von Schulen, Kindergärten und Wohnraum, Straßen und Angeboten des Nahverkehrs gehört ebenso wie die Abwasser- und Abfallbeseitigung und viele weitere Aufgaben zur Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Einen bedeutenden Teil dieser Leistungen erbringt die Darmstädter Stadtwirtschaft, d.h. die Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist.

1. Die Stadtwirtschaftsstrategie muss den eigenständigen Unternehmen Initiative und unternehmerisches Engagement eröffnen. Wichtig ist grundsätzlich eine vernünftige Kommunikation zwischen den Unternehmen der Stadtwirtschaft und der Stadt.
2. Bei Unternehmungen, die sich im Besitz der Stadt Darmstadt befinden oder an denen sie beteiligt ist, wollen wir die Steuerungsmöglichkeiten nutzen. Die Erfüllung des Unternehmenszwecks muss sich am Gemeinwohl orientieren und eine nachhaltige Strategie der Stadttrendite verfolgen, die ökonomische, ökologische und soziale Wertschöpfung erbringt.
3. Die städtischen Anteile an den übrigen Unternehmen werden in Abstimmung und Begleitung durch die HEAG Holding regelmäßig auf den Prüfstand gestellt. Grundsätzlich lehnen wir einen Verkauf von öffentlichem Eigentum ab, sofern damit die Grundversorgung der Bevölkerung eingeschränkt wird, dies mit dem Verlust von Steuerungsmöglichkeiten für elementare Bereiche der Entwicklung der Stadt verbunden ist oder wenn diese Beteiligungen gewinnbringend sind.
4. Die Rekommunalisierung der HSE und der entsprechende Erwerb der E.ON-Anteile ist unser Ziel, auch um damit spätere Kooperationen mit Konzessionskommunen, Partnern in der Region und der Bürgerschaft zu ermöglichen.
5. Es wird im Gebiet Darmstadts keine Privatisierung der Wohnungen des Bauvereins geben, mit Ausnahme von Mieterprivatisierungen.

6. Wir werden die Entwicklung der städtischen Kliniken sichern. Die schwierige finanzielle Situation muss transparent gemacht werden, um eine dauerhafte Perspektive zu schaffen. Insbesondere geht es um die Identifikation von Möglichkeiten für Kooperationen zwischen dem Klinikum Darmstadt, anderen Kliniken und den niedergelassenen Ärzten.
7. Auch die Stadtwirtschaft werden wir für ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement öffnen. Hierfür werden wir die Beibehaltung und die Neubegründung von Beiräten prüfen und unterstützen.
8. Wir setzen uns dafür ein, dass der Beteiligungskodex möglichst für alle Unternehmen der Stadtwirtschaft umgesetzt wird.
9. Das Projekt „Gemeinsamer Einkauf“ in der Stadtwirtschaft (insbesondere auch gemeinsame Beschaffung von Versicherungen) wird realisiert.
10. Mehrausschüttungen durch die Sparkasse Darmstadt werden geprüft.
11. Wir setzen auf die Unterstützung von jungen Unternehmen mit Kapital und Beratung durch die HEAG und nach Möglichkeit der Sparkasse (zusätzlich Schaffung eines Netzwerks für junge Unternehmen und Ansprechpartner aus Politik und Stadtwirtschaft).
12. Ein Umweltbericht für die Stadtwirtschaft wird durch die HEAG vorgelegt.
13. Neben den auf öffentlichen Dächern in Kooperation mit der HEAG Holding entstandenen Bürgersolaranlagen wollen wir dieses Modell auch auf Investitionen in energetische Sanierung und speziell andere Bereiche der Energieerzeugung (z.B. Kraftwärmekopplung) in öffentlichen wie in privaten Gebäuden weiterentwickeln.
14. Wir lehnen einen Verkauf der Flächen des Stadtgutes Gehaborn ab. Vielmehr sollte das Gelände im Sinne einer nachhaltigen Bodenbevorratungspolitik im Besitz der Stadt bleiben und für eine mögliche künftige Stadtentwicklung genutzt werden.
15. Wir werden die Centralstation in die HEAG überführen zur Sicherung des dauerhaften Betriebs dieser Kultureinrichtung.
16. Wir werden für das Darmstadtium ein Entschuldungskonzept erarbeiten, mit der Prüfung der mittel- bis langfristiger Erwartungen der Deckelung des Zuschuss. Ziel muss sein, den Betriebskostenzuschuss in der ursprünglich prognostizierten Höhe von ca. 1 Million € p.a. zu erreichen. Hierzu dienen auch ein nachhaltiges Instandhaltungskonzept zur Sicherstellung der Ausstattungsqualität des Darmstadtiums

sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie z.B. die Optimierung der Vermarktungsaktivität, die dringend erforderliche Ausweitung der Hotelkapazitäten (hochwertiges Angebot).

17. Einen Hotelneubau neben der „Goldenen Krone“ lehnen wir ab, statt dessen streben wir in diesem sensiblen Bereich eine städtebaulich angemessene Entwicklung des Areals an.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern

Der Markt bringt keine gesellschaftlichen Ziele hervor: Diese müssen gesellschaftlich ausgehandelt und beschlossen und als Rahmenbedingungen gesetzt werden. In der sozialen Marktwirtschaft müssen gesellschaftliche Ziele ausgehandelt, beschlossen und als Rahmenbedingungen gesetzt werden. Zu den Wohlfahrts- und Gerechtigkeitszielen zählt auch der soziale Ausgleich zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen. Die ökologische Marktwirtschaft braucht politische Steuerung, um den Marktmechanismus für das Leitbild der Nachhaltigkeit nutzen zu können.

Wir stehen für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft und eine kommunale nachhaltige Wirtschaftsentwicklung: Mit diesem Leitbild werden wir die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt mit anderen Städten und der Region verbessern:

1. Wir setzen uns für eine Schärfung und Ergänzung des Profils der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein. Hierzu fördern wir die vorhandenen Wirtschafts- und Kompetenz-Cluster und entwickeln neue Cluster (Energie- und Nachhaltigkeit).
2. Dazu dient auch die Vernetzung und Verstärkung der bislang dezentral und teils unabgestimmt agierenden Organisationen und Kooperationsformen wie Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Citymarketing, Hochschulkontakte, Hotel und Tourismus sowie die Vermarktung des Darmstadtiums.
3. Offensive Ansiedlungspolitik für Unternehmen zur Schaffung neuer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze in innovativen Wirtschaftsfeldern, insbesondere aus dem Mittelstand. Dies fördern wir sowohl in bestehenden Kompetenzfeldern, neuen Wirtschaftsbereichen als auch im Bereich gewerblicher Arbeitsplätze.
4. Gemeinsam mit der HEAG Holding, den Kammern und anderen Partnern unterstützen und begleiten wir Spin-Off Aktivitäten aus dem Hochschulumfeld, u.a. durch Erhalt und Ausbau von Gründerzentren.

5. Wir werden die Betreuung und Unterstützung des Unternehmensbestandes systematisieren, um Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen bzw. Abwanderung zu verhindern.
6. Unser Ziel ist die Verbesserung und Verschlinkung von Genehmigungsprozessen, u. a. durch die Nutzung neuer Medien (eGovernment).
7. Wir werden geeignete integrierte Vermarktungsstrukturen zur Verbesserung des Standortmarketings und zur Erschließung von Synergien (Zuspitzung und Erweiterung des Wissenschaftsprofil im Kontext – Standortentwicklung - Vermarktung Wissenschafts- und Kongress-Zentrum – Tourismus – Freizeit- Erlebnisraum - Oberzentrum und Einkaufsstätte) entwickeln.
8. Die Netzwerkbildung in und mit der Region Frankfurt RheinMain werden wir stärken, um die Potentiale der Wirtschaftsregion Frankfurt RheinMain für die eigene Standortpolitik besser zu nutzen. Gleiches gilt für die Verstärkung der Scharnierfunktion zwischen den Wirtschaftsräumen Frankfurt RheinMain und Rhein-Neckar.
9. Die Entwicklung der Innenstadt hat für uns eine hohe Bedeutung: Erhöhung der Aufenthalts- und Wohlfühlqualität, insbesondere für Familien mit Kindern, Sicherheit und Sauberkeit, Unterstützung der Ansiedelung neuer Unternehmen und Stärkung des inhabergeführten Handels durch besondere Maßnahmen des Stadtmarketings.
10. Initiativen zur Lösung der „Leerstandsproblematik“ im City-Carrée und anderen wichtigen Standorten in der Innenstadt werden mit den Partnern entwickelt.
11. Wir werden Gewerbeflächen für Ausgründungen, Gründerzentren bzw. Neuansiedlungen bereitstellen (Flächenrecycling, Konversionsflächen u.ä.) und zügig entwickeln.

3. Soziales, Familie, Betreuung und Bildung – eine Stadt für alle schaffen

Bildung, Betreuung und Teilhabe, innovative Sozialpolitik und moderne Familienpolitik haben in Darmstadt einen hohen Stellenwert, sie werden von uns als politische Kernaufgabe betrachtet, um Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit für alle Menschen in Darmstadt sicherzustellen.

Sozialpolitik wird auch in der kommenden Legislaturperiode nach den Prämissen Partizipation, Prävention und Sozialraumorientierung strukturiert und umgesetzt. Damit entfaltet dieses Politikfeld eine besondere frühe und an den Bedarfen der Bevölkerung vor Ort orientierte Wirkung.

Durch die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips streben wir an, dass gemeinsam mit den Freien Trägern kontinuierliche Bedarfsanalysen, Wirkungserfolge und verlässliche finanzielle Förderung vertraglich geregelt werden. Damit wird die in kommunaler Verantwortung stehende soziale Infrastruktur in Darmstadt stabil, sicher und passgenau für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Sozial-, Jugendhilfe-, Altenhilfeplanung – Demographieplanung

Dass aufgrund geringerer finanzieller und personeller Ressourcen die vorhandenen Kapazitäten zielgerichtet, wirkungsvoll und bedarfsgerecht eingesetzt werden, setzt eine nachhaltige und kontinuierliche Analyse in Planungsprozessen voraus.

Dazu gehören:

1. Die ständige Fortschreibung von Sozialdaten
2. Regelmäßige Bürger- und Bürgerinnenbefragungen
3. Partizipation organisierte Beteiligungsprozesse zur Planung stadtteilbezogener Projekte und Initiativen

Sozialräumlich erhobene, sozialpolitisch relevante Planungsdaten werden in die gesamtstädtischen Strategien zur Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung einfließen.

Um diese Aufgaben umsetzen zu können, werden wir ein interdisziplinäres Planungsteam, angesiedelt beim Oberbürgermeister, einrichten. Operative Planungsebenen werden in den Fachdezernaten zur Verfügung stehen.

Inklusives Darmstadt

Wir werden in Darmstadt, orientiert an der Erklärung von Barcelona und der UN-Behindertenrechtskonvention, die Inklusion entwickeln.

1. Dabei werden wir bauliche und verkehrliche Barrierefreiheit als Querschnittsaufgabe vorantreiben. Konkret werden wir den zentralen Verkehrsknotenpunkt Luisenplatz barrierefrei umbauen. Ebenso werden wir in den städtischen Verwaltungsstellen barrierefreie Zugänge schaffen. Wir werden die baulichen Voraussetzungen im Rahmen der Schulbausanierung zur Etablierung inklusiver Schulen voranbringen. Universelle Barrierefreiheit durch einfache Sprache und barrierefreies Internet sehen wir als notwendige Maßnahmen.
2. Bei der Entwicklung inklusiver Schulen werden alle relevanten Akteure, vor allem auch die Eltern und Behindertenverbände, einbezogen. Ein gemeinsamer Prozess ist Voraussetzung für das Gelingen einer tragfähigen Ausgestaltung. Wir werden auf dieser Basis mit drei inklusiven Schulen die Entwicklung von inklusivem Unterricht einleiten. Mit der Fusion der Mühlthal- und der Ludwig-Schwamb-Schule im Grundschulbereich und der Gutenbergschule als weiterführender Schule ist ein Standort bereits definiert. Zwei weitere inklusive Schulstandorte werden noch abgestimmt. Der Schulentwicklungsplan wird entsprechend fortgeschrieben.
3. Durch die Bündelung vorhandener Kompetenzen in der Stadtverwaltung in einem Inklusionsbüro wird die Zusammenarbeit und die Beteiligung von Behinderteneinrichtungen, -vereinen und -institutionen sowie Selbsthilfegruppen intensiviert und die Belange von Menschen mit Behinderung in alle Bereiche der Kommunalpolitik eingebracht. Die Behindertenbeauftragung des CBF für bauliche und verkehrliche Belange wird fortgesetzt.
4. Wir werden den Bau von barrierefreiem bezahlbarem Wohnraum im Konzept Darmstädter Wohnungspolitik fest verankern.

Altenhilfe

Schwerpunkte der kommunalen Altenhilfe werden sein:

1. Angebote für altengerechtes und generationenübergreifendes Wohnen,
2. eine Ausweitung der Unterstützung für Demenzkranke, also die Entwicklung Darmstadts zur „Demenzfreundlichen Kommune“.

3. die Verbesserung der Situation für Pflegebedürftige und deren Familien. Unter Einbeziehung des Personals werden wir den Fachdienst Pflege weiterführen, den Pflegestützpunkt sozialraumorientiert einsetzen und planerischen Einfluss auf den Ausbau stationärer Pflegeeinrichtungen nehmen.
4. Wir werden gemeinsam mit der Fachkonferenz Altenhilfe eine Kampagne zur Aufwertung und Imageverbesserung von Alten- und Krankenpflegeberufen durchführen und dabei u.a. den Boys Day und Kooperationen mit Schulen nutzen.
5. Wir streben eine Altenhilfeplanung im Kontext demografischer Entwicklung an und werden in diesem Bereich den Erfahrungsschatz älterer Menschen in Darmstadt durch Beteiligungsprozesse sichern.
6. Wir setzen uns für aktive und aktivierende Seniorenbetreuung und -beratung ein, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und den unterschiedlichen Lebenslagen älterer Menschen in Darmstadt orientiert.
7. Die interkulturelle Öffnung der Altenhilfeeinrichtungen werden wir stärken und voranbringen.
8. Um die Rechte der Seniorinnen und Senioren in den Mittelpunkt politischen Handelns zu rücken, streben wir eine partizipative Stärkung der Rechte des Seniorenrats, z.B. Rede- und Vorschlagsrecht im zuständigen Ausschuss, an.

Gesundheitspolitik

1. Mit dem Beitritt Darmstadts in das Gesunde Städte-Netzwerk wurde mit der Koordinationsstelle Gesundes Darmstadt der Grundstein für die Verbesserung verhaltens- und verhältnispräventiver Gesundheitsmaßnahmen gelegt. Wir werden Prävention, Gesundheitsförderung sowie Gesundheitsbildung für alle Altersgruppen weiter entwickeln, z.B. gesunde Ernährung in Kitas und Schulen oder kostenfreie Versorgung mit Trinkwasser für Schülerinnen und Schüler.
2. Wir werden für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe ein betriebliches Gesundheitsmanagement mit vorrangig präventiver Wirkung aufbauen
3. Die Neuorganisation des Klinikums wird von uns unterstützt, insbesondere die Anstrengungen, das Profil zu schärfen und neue Patienten/-innen zu gewinnen. Wir werden die finanzielle Sanierung des Klinikums voranbringen und damit die Handlungsfähigkeit verbessern.

4. Wir werden auch künftig das Gesundheitsamt für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg zu einem Gesundheitszentrum mit modernem, präventionsgeleiteten und innovativen Ansatz weiter entwickeln.
5. Wir unterstützen die Angebote der Selbsthilfegruppen, der Hospizvereine und -dienste.

Verbraucherschutz

Wir werden dem Verbraucherschutz vor Ort eine wichtigere Bedeutung zumessen.

Er hat u. a. eine Kontrollfunktion für sichere und gesunde Lebensmittel und leistet eine wichtige Informations- und Aufklärungsarbeit.

1. Wir werden einen Schwerpunkt auf die Bewusstseinsbildung für gesunde nachhaltige Lebensmittelerzeugung und Ernährung legen. Dazu werden wir mit den entsprechenden Institutionen gemeinsame Aktivitäten entwickeln, insbesondere mit Blick auf die Ernährungserziehung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen.
2. Dabei spielen der Wochenmarkt, die dezentralen Stadtteilmärkte, der jährliche Bauernmarkt als Angebote regionaler und saisonaler Einkaufsmöglichkeiten eine wichtige Rolle.
3. Ebenso werden wir offensiv mit der Taskforce Lebensmittelsicherheit des Regierungspräsidiums (z.B. Sicherheit bei Kühlung, Transport, Rückverfolgbarkeit der Ware) und Vollzugsorganen zusammenarbeiten.

Soziale Stadt Darmstadt

1. Wir werden die vorgelegte Rahmenkonzeption zur Gemeinwesenarbeit als Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung umsetzen und die daraus entstehenden Fachkonzepte sukzessive abarbeiten.
2. Parallel werden wir einen Aktionsplan gegen Armut und soziale Ausgrenzung erstellen und mit den Prinzipien der Gemeinwesenarbeit verzahnen.
3. Wir werden die Soziale Stadt Standorte Kranichstein und Eberstadt-Süd – wie im Nachhaltigkeitskonzept festgeschrieben – sichern.
4. Wir werden das Pallaswiesen-/Mornewegviertel sowie den Bezirk Innenstadt/Rheintor einer städtebaulichen Bewertung unterziehen und nach

Möglichkeit zur Aufnahme in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt vorschlagen.

5. Wir stehen auch künftig für die größtmögliche Unterstützung von Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen, z. B. bei der Wohnungssicherung, der Obdachlosenunterbringung, der Schuldnerberatung, der Unterstützung durch den Städtischen Sozialdienst und andere Beratungsangebote zur sozialen Inklusion.

Sucht- und Drogenhilfe

1. Wir werden die Beratungs- und Anlaufstelle für drogenabhängige Menschen „Scentral“ in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Darmstadt-Dieburg und der Bauverein AG zu einem Sozial- und Gesundheitszentrum am Standort Bismarckstraße ausbauen.
2. Das Suchthilfezentrum wollen wir gemeinsam mit dem Caritasverband inhaltlich und konzeptionell weiterentwickeln, um dem aktuellen Bedarf an eine moderne Suchtberatung zu entsprechen.
3. Die kommunale Stelle zur Suchtprävention wird vermehrt präventive Angebote in Kooperation mit städtischen Einrichtungen und Schulen anbieten, die direkte Wirkung bei den Familien, Jugendlichen, Kindern zeigen. Wir werden darüber hinaus die gesetzliche Aufgabe des Kinder- und Jugendschutzes bei Alkohol- und Drogenkonsum z. B. durch die Umsetzung des Programmes HaLT und andere Initiativen intensivieren.
4. Zur Finanzierung zusätzlicher Beratungs- und Präventionsangebote wie z. B. Glückspiel- und Internetsucht werden wir Einnahmen aus der erhöhten Spielapparatesteuer verwenden. Ordnungs- und baurechtliche Maßnahmen werden dahin gehend geprüft, ob eine Ausweitung von Glückspiel verhindert werden kann.

Jugendhilfe – Darmstadt kinderfreundlich gestalten

1. Jugendarbeit der Vereine, Kirchen und Verbände begleitet nach wie vor viele Jugendliche ins Leben und wird von uns verlässlich unterstützt.
2. Wir werden die Schnittstellen der Jugendberufshilfe, der Erzieherischen Hilfen, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit verstärken und dadurch sozialraumorientierte abgestimmte und sich ergänzende Angebote für Kinder und

Jugendliche schaffen. Dazu ist es notwendig, den bereits begonnenen Ausbau der sozialraumorientierten und flächendeckenden Schulsozialarbeit fortzusetzen.

3. Wir werden das Projekt „Familien fördern – Kinder schützen“ auf weitere Altersgruppen und neu Zugezogene in den nächsten Jahren bis ins Grundschulalter erweitern und das Angebot weiterhin eng mit freien Trägern abstimmen und ergänzen.
4. Darmstadt wird zu einer kinderfreundlichen Kommune, in der Kinder sich möglichst frei und autonom bewegen, in der sie Plätze und Begegnungsorte finden, auf denen sie sich kindgerecht und kreativ entwickeln können. Dazu gehören wohnortnahe, partizipativ entwickelte Kinderspielplätze, Sport- und Bewegungsräume, Bolzplätze, einfach erreichbare Rückzugsmöglichkeiten und Kinder- und Jugendhäuser für ältere Kinder und Jugendliche. Angebote in den Ferien werden wir erweitern und besonders auch für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zugänglich machen.
5. Wir werden eine zügige Überarbeitung und Umsetzung des Konzeptes kinderfreundliche Innenstadt beginnen.

Familienpolitik

Für und mit Familien werden wir in der kommenden Legislaturperiode Darmstadt zu einer lebendigen, familienfreundlichen Stadt für alle Generationen weiter entwickeln.

1. Wir werden auf den Konversionsflächen sozial gemischte, generationenübergreifende Quartiere für Familien schaffen, die bezahlbaren Wohnraum und ein familien-, kinder-, jugend- und senioren-, behindertengerechtes Umfeld bereitstellen.
2. Mehrgenerationenhäuser und Einrichtungen für Familien werden wir bedarfsgerecht ausbauen und für Familien aller Nationalitäten und Altersgruppen nutzbar machen.
3. Die Internetplattform www.familien-willkommen.de werden wir ausbauen.
4. Das Bündnis für Familie in Darmstadt wird seine Arbeit wirkungsvoll fortsetzen.

Erziehung und Betreuung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Qualität und Quantität spielen bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen eine

entscheidende Rolle, um

- Chancengerechtigkeit zu erreichen,
- Teilhabe zu stärken,
- Bildungschancen für sozial Benachteiligte zu erhöhen,
- kindgerechte Entwicklung zu fördern und
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu garantieren.

Deshalb werden wir in der kommenden Legislaturperiode in allen Betreuungssparten (U3, Kindergarten und Schulkindbetreuung) einen bedarfsgerechten Ausbau qualitativ und quantitativ voranbringen. Um akute Bedarfsdefizite zu kompensieren, werden wir ein Sofortprogramm starten.

Dabei kann kein Betreuungssegment zu Lasten eines anderen erhöht werden. Im Rahmen des Ausbaus der Kinderbetreuung werden wir verlässliche und aktuelle Planungsdaten vorlegen, die Bedarf und Nachfrage so antizipieren, dass gravierende Lücken akut nicht mehr entstehen.

1. Wir werden ein verlässliches zentrales Vermittlungs- und Koordinierungssystem für alle Kindertagesstätten in Darmstadt einführen, das eine Übersicht über freie und vergebene Plätze bietet und zu frühzeitiger Planungssicherheit für die Eltern, die Kinder und die Träger führt.
2. Wir werden die U3-Betreuung bedarfsgerecht ausbauen.
3. Wir werden im Bereich der Kindergartenbetreuung wohnortnah für alle Kinder das Recht auf einen Kindergartenplatz einlösen und dafür eintreten, dass die Öffnungszeiten flexibel und bedarfsgerecht sind. Wir werden alle Möglichkeiten für die Bereitstellung von kostenfreien Kindergartenplätzen prüfen und uns für Ko-Finanzierungsmittel beim Land Hessen einsetzen.
4. Wir werden im Bereich der Hortbetreuung für Kinder bis 12 Jahre einen Ausbau forcieren und mit der nötigen Entwicklung der Ganztagsschulangebote abstimmen. Wir werden die Angebote der Betreuten Grundschulen bedarfsgerecht ausbauen sowie die Verteilung der Plätze in den Stadtteilen verbessern. Dazu ist eine entsprechende Erhöhung der Fördersummen notwendig. Wir werden in der Waldkolonie ein Modellprojekt sozialraumbezogener Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen umsetzen.

5. Wir werden das Konzept der Waldkindergärten weiterhin unterstützen und fördern.
6. Wir bauen bei der Schaffung neuer Kita-Plätze auch auf die Flexibilität und die Leistungsbereitschaft von Elterninitiativen. Um diesem Engagement gerecht zu werden, werden wir einen Sofort-Fonds in Höhe von 5 Millionen Euro auflegen, aus dem zur schnellen Realisierung und Umsetzung von Initiativen freier Träger nach Anerkennung bezuschusst werden können. Dazu gehört auch die finanzielle Absicherung des Betriebes der Einrichtungen in freier Trägerschaft. Wir werden die Zuschüsse für freie Träger auf 75 % der förderfähigen Betriebskosten festschreiben.
7. Wir werden in den Ferienzeiten weiterhin Ferienspiele und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche bereitstellen.
8. Wir werden in Kooperation mit örtlichen Unternehmen betriebsnahe Kinderbetreuung ausbauen und familiengerechte Arbeitsbedingungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Wir werden in der Stadtverwaltung und den städtischen Eigenbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen und das audit berufundfamilie weiter entwickeln.

Kommunale Schul- und Bildungspolitik

Der kommunalen Verantwortung hinsichtlich des Rechtes auf Bildung und (frühe) Förderung, der Möglichkeiten auf lebenslanges Lernen und der individuellen Entwicklung von Fähigkeiten und Talenten stellen wir uns mit besonderem Fokus.

Darmstadt hat ein vielfältiges Schulsystem mit Wahlmöglichkeiten, das bedarfsgerecht weiterentwickelt werden soll. Darmstadt wird seiner Rolle als Oberzentrum gerecht werden und auch für Kinder und Jugendliche aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zugänglich sein. Absprachen über den Bedarf z. B. für integrierte Gesamtschulen oder nach zusätzlichem gymnasialem Angebot und den finanziellen Ausgleich sollen in einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan münden.

1. Um den Schülerinnen und Schülern optimale Lernbedingungen zu garantieren, werden wir die Schulbausanierung vorantreiben und den Sanierungsstau weiter abbauen.
2. Wir werden den Ausbau von Ganztagschulen sowie des Mittagssessensangebots an betreuenden Grundschulen bedarfsgerecht ausbauen und mit den bisherigen

Hortangeboten schrittweise verschränken. Dabei wollen wir die Kooperation mit Vereinen stärken. In Kooperation mit dem Land Hessen werden wir den Ausbau von Ganztagschulen vorantreiben.

3. Wir werden das Berufsschulzentrum unter Einbeziehung des Landkreises Darmstadt-Dieburg komplett sanieren und dadurch den Berufsschulstandort Darmstadt stärken. Der seit 2006 vorliegende Berufsschulentwicklungsplan muss umgesetzt werden.
4. Wir legen einen mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeinsam erarbeiteten Schulentwicklungsplan vor, in dem die Anforderungen an inklusives, gemeinschaftliches Lernen berücksichtigt sind und eine sinnvolle Bildungsregion ausgewiesen wird. Zur schulischen Entwicklung im Darmstädter Süden wird ein umfassendes Konzept erarbeitet, das sowohl die Konversionsflächen, Eberstadt und Eberstadt Süd und die Entwicklung des Klinikareals, unter Berücksichtigung aller Schulformen, einbezieht. Der Vorschlag soll Grundlage für den gemeinsamen Schulentwicklungsplan mit dem Landkreis sein und zur weiteren Abstimmung mit dem Kultusministerium dienen.
5. Wir unterstützen außerschulische Bildungsinstitutionen und -initiativen, wie z. B. die städtische Volkshochschule, das städtische Familienzentrum oder die Akademie 55plus zum Erhalt einer umfangreichen und generationenübergreifenden Bildungslandschaft. Wir wollen eine unter den Trägern abgestimmte und auf die Bedarfe zugeschnittene Angebotspalette.

Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung

Wir werden in einer gemeinsamen Einrichtung mit der Agentur für Arbeit die sozialpolitischen Aspekte moderner Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einbringen und dadurch weiterhin verantwortlich für die Integration langzeitarbeitsloser Menschen in Darmstadt mitwirken.

1. Durch die flankierenden, zielgruppenspezifischen beschäftigungspolitischen Projekte auf dem Sozialen Arbeitsmarkt werden wir die Chancen zur Teilhabe am Erwerbsleben in der sozialen Gemeinschaft für besonders benachteiligte Gruppen erhöhen und dabei insbesondere Alleinerziehende, Ältere und Menschen mit Behinderung in den Fokus nehmen. Das Budget für Beschäftigungsförderung wird weiterhin jährlich für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Dabei greifen wir auf

die erfahrene kommunale Trägerlandschaft zurück.

2. Insbesondere für die Zielgruppe der Haushalte mit geringem Einkommen soll vor allem gemeinsam mit dem Jobcenter, dem Amt für Soziales und Prävention und der entega ein Projekt zur Einsparung von Energiekosten sowie zur Vermeidung von Energieschulden und der Einstellung der Energiezufuhr entwickelt werden.
3. Die Weiterführung der erfolgreichen Arbeit der Jugendberufsagentur, eine Kooperation der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und der Jugendberufshilfe der Wissenschaftsstadt Darmstadt, wird zentraler Baustein bei der Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit. Dabei werden wir Projekte mit Schulen, der Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit forcieren, um präventive Angebote in den Mittelpunkt von Berufs- und Lebenswegplanung zu setzen.
4. Zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit werden wir mit der kommunalen Wirtschaft kooperieren und durch eine abgestimmte Wirtschaftsförderung, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik neue Konzepte erarbeiten und nachhaltig Arbeitsplätze schaffen.

Raum für vielfältige Lebensentwürfe

Die Vielfalt der unterschiedlichen, selbst gewählten Lebensentwürfe in Darmstadt akzeptieren und fördern wir. Wir setzen uns für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ein und wenden uns gegen jede Form sexueller Diskriminierung.

1. Wir fördern Selbsthilfeorganisationen zur Unterstützung bei der sexuellen Orientierung im Jugendalter.
2. Wir unterstützen im Rahmen des Internationalen Tages gegen Homophobie Aktionen in Darmstadt, die sich der Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit widmen.

4. Frauenpolitik – Chancengleichheit herstellen

Wir werden auch künftig Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld definieren und die Querschnittsfunktion der Gleichstellungspolitik sowohl verwaltungsintern als auch für die Bürgerinnen und Bürger Darmstadts stärken.

1. Wir streben in den zu besetzenden Gremien (Aufsichtsräte, Vorstände, Kommissionen, Ausschüsse usw.) geschlechterparitätische Besetzung an.
2. Wir werden auch künftig die frauenpolitische Infrastruktur sichern und besonders in den Bereichen Schutz vor Gewalt, Arbeitsmarktintegration und Vereinbarkeit von Beruf und Familie Schwerpunkte setzen. Das bedeutet:
 - Finanzielle Absicherung der Gewaltschutzangebote für Frauen, Kinder und Jugendliche sowie Täterarbeit.
 - Fortschreibung des Gender-Reports im Jobcenter zur geschlechtsspezifischen Analyse der Anforderungen an Arbeitsmarktintegration.
 - Zielgruppenspezifische Maßnahmen im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung für Frauen.
 - Förderung kommunaler Angebote für Berufsrückkehrerinnen.
 - Geschlechtsspezifische Projekte zur Berufswahl und im Übergang Schule/Beruf der Jugendberufshilfe und des Frauenbüros.
 - Sensibilisierung von Arbeitgebern für die Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit (Kinderbetreuung/Pflege).
 - Trägerübergreifende Weiterarbeit im Bündnis für Familie.
3. Um die vorhandenen Ressourcen gerecht zu verteilen, werden wir Teilhaushalte in ein Gender-Budget überführen und damit Ausgaben und Wirkungen geschlechtsspezifisch analysieren.
4. Das Frauenbüro als zentrale Fachstelle für die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Stadt wird weiterhin als Verwaltungsstelle an verschiedenen genderrelevanten Themenstellungen arbeiten.

5. Kommunale Integrationspolitik – weltoffen und tolerant miteinander leben

Damit Darmstadt auch in Zukunft eine weltoffene, internationale und interkulturelle Stadt bleibt, werden wir unsere Anstrengungen erhöhen und gleichzeitig eine inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der interkulturellen und integrativen Kommunalpolitik vornehmen.

1. Wir werden die Einrichtung eines Amtes für Interkulturelle Angelegenheiten, Integration und internationale Zusammenarbeit prüfen. Die Antidiskriminierungs- und Integrationsarbeit sowie die Aufgabe als Koordinationsstelle für interkulturelle Aktivitäten und Integrationsmaßnahmen des Interkulturellen Büros würden dann z.B. in diesem Amt fortgesetzt werden.
2. Wir wollen die Potentiale der Zugewanderten für einen international ausgerichteten und weltoffenen Wirtschaftsstandort effektiv nutzen. Dazu streben wir neue Kooperationen der Bereiche Integration und Internationale Beziehungen (Neuausrichtung der Städtepartnerschaften) an.
3. Wir heißen zugewanderte Menschen willkommen und erleichtern ihnen durch entsprechende Angebote wie Sprach- und Integrationskurse gesellschaftliche Teilhabe.
4. Wir werden die Migrantenselbstorganisationen stärken und verbindlicher als bisher in Beteiligungsprozesse einbeziehen.
5. Wir werden zur Erhöhung von Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund weiterhin Vereine, Initiativen, Projekte und Maßnahmen fördern.
6. Die interkulturelle Öffnung der Regeleinrichtungen in allen Bereichen (Sport, Kinderbetreuung, Altenhilfe usw.) werden wir forcieren.
7. Wir werden gegen rechtsradikale, rassistische Ideologien und jede Form totalitärer Gewalt weiterhin konsequent angehen. Zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und von religiösem Extremismus werden wir Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit leisten. Wir werden die „Orte der Erinnerung“ lebendig halten und das Konzept weiter entwickeln. Die Aktion „Gesicht zeigen“ wird fortgesetzt.

6. Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik – Green City gemeinsam bauen

Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik muss in den Städten gelingen. Der Schutz von Mensch und Natur und die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen sind prägende Bestandteile des Leitbildes unserer Stadtentwicklung. Umweltschutz ist auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unverzichtbar, denn die Umweltsünden von heute sind die Kosten von morgen.

Nachhaltige Umweltpolitik muss, kann und wird Ökologie und Ökonomie zusammenführen – die Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen muss das Leitbild unserer Stadtentwicklung sein. Wir werden Darmstadt zu einer „Green City“ machen.

Damit die Nachhaltigkeitsziele konsequent und systematisch geplant und realisiert werden können, werden wir ein Nachhaltigkeits-Dezernat aufbauen. Zu einer nachhaltigen Politik zählen auch ordnungspolitische Vorgaben, etwa in Bauordnungen oder die konsequente Nutzung der Möglichkeiten für einen ökologisch und sozial bewussten Einkauf.

Aufgabenstellungen bisheriger Ämter werden wir in geeigneter und synergetischer Form in einem eigenständigen Dezernat für Bauen, Verkehr, Klimaschutz, nachhaltige Zukunft und Umweltgerechtigkeit zusammenführen.

Ökologie: Kernaufgabe städtischer Daseinsvorsorge

Der Schutz der Menschen vor gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen gehört zu den Kernaufgaben städtischer Daseinsvorsorge. Lärm, Feinstaub oder Bodenbelastungen sind wichtige Faktoren, die das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen bedrohen. Die Bekämpfung dieser Gefahren hat für uns höchste Priorität.

Neben dem Natur- und Biotopschutz und dem Erhalt der Gewässergüte unserer Badeseen und Bäche gelten die Reinhaltung der Luft und die Lösung der Lärmprobleme als wichtige Ziele unserer Arbeit. Dazu ist eine strenge Überwachung der LKW-Fahrverbote, eine Ausweitung von Tempo-30-Zonen, die Prüfung der Ausweisung von Umweltzonen und der Ausbau von Radwegen und des ÖPNV erforderlich.

Kommunale Klimapolitik

Um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und die Stromversorgung unserer Stadt vollständig auf regenerative Energien umzustellen, unterstützen wir zukunftsweisende Modellprojekte

und Forschungsarbeiten, die ohne den Verbrauch fossiler Ressourcen auskommen und in deren Zentrum die regenerativen Energieträger wie Wasserkraft, Wind, Sonne und Biomasse stehen. Schon heute ist es in Darmstadt gelungen, das städtische Energie-Unternehmen HSE als bundesweiten Öko-Strom-Anbieter zu etablieren. Unser Ziel ist es, die Energieversorgung Darmstadts bis 2040 zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien zu erreichen. Dazu werden wir einen kommunalen Klima- und Energieplan erstellen, der überprüfbare Zwischenziele beschreibt und die heute schon notwendigen Maßnahmen für einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energieversorgung enthält:

1. Wir lehnen die Produktion und Nutzung von Atomenergie ab, daher unterstützen wir die ökologische Strategie der HSE im Grundsatz.
2. Wir werden in enger Kooperation mit der HSE und weiterer Partner-/innen den dezentralen Ausbau erneuerbarer und hocheffizienter Energiequellen auf dem Stadtgebiet und in der Region fördern.
3. Wir setzen auf die konsequente Verringerung der CO₂-Emission. Schon heute kann jeder Einzelne mit dem stadt-eigenen Energieunternehmen HSE, seine persönliche Energiewende vollziehen. Die Tarif- und Preisstruktur der Entega muss fair gestaltet sein.
4. Wir wollen, dass neben der Weiterentwicklung der Fernwärmenetze die Stromerzeugung in Darmstadt aus Kraft-Wärme-Kopplung, Fotovoltaik und Blockheizkraftwerken weiter ausgebaut wird.
5. Wir bauen im Nachhaltigkeitsdezernat ein kommunales Energiemanagement auf, das die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt beschleunigt.
6. Im Agenda 21-Prozess wurden erstmals für alle Bereiche des bürgerschaftlichen und politischen Handelns detaillierte Handlungsaufträge festgehalten, um eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Die Agenda 21 ist also ein "Arbeits- und Aktionsprogramm" für die Zukunft unserer Kinder. Die Ergebnisse des Darmstädter Agenda-Prozesses sollen in die Entwicklung der Klima- und Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht werden.
7. Wir werden für alle städtischen Beteiligungen einen Umweltbericht vorlegen.
8. Wir streben im Gebäudebestand das Passivhaus-Niveau an, anzupassen an die jeweiligen besten Standards des energetischen Gebäudebaus, maximal jedoch mit einem Gesamtenergiebedarf von 50 kWh/m²/pa. Zu realisieren ist dies über die Stadtplanung und die Grundstücksvergabe sowie über die städtische

Wohnungsbaugesellschaft Bauverein.

9. Wir werden durch weitere Energiesparinvestitionen an öffentlichen Gebäuden (Schulen, Kindergärten, etc.), durch Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse erreichen, dass die Stadt Darmstadt nach dem Leitbild der CO₂-Neutralität maßgeblich zur Verringerung der CO₂-Emission beiträgt. Dazu werden wir ein systematisches Programm zur Reduktion des Strom- und Ressourcenverbrauchs in den städtischen Liegenschaften unter Einbeziehung der Beschäftigten und Nutzer/-innen auflegen. Zur Finanzierung werden wir Contracting-Modelle prüfen.
10. Wir wollen die konsequente Schulung aller Beschäftigten der Stadt im Hinblick auf die Einsparung von Energie und die Umsetzung der Beschlüsse zu einer umweltfreundlichen Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen.
11. Bei der Stadtverwaltung wird systematisch ein nachhaltiges Beschaffungswesen, sowie ein Gesamtkonzept für Green IT, d.h. für eine umwelt- und ressourcenschonende Informations- und Kommunikationstechnologie, eingeführt.
12. Wir setzen uns dafür ein, dass mit Hilfe der HEAG die Handlungsbereitschaft der Bürgerschaft gestärkt wird und weitere Bürgersolaranlagen errichtet werden.
13. Wir wollen, dass die Unternehmen in Darmstadt Klimabilanzen erstellen und ihre Emissionen reduzieren, beziehungsweise durch geeignete Maßnahmen wie beispielsweise Wiederaufforstungsprojekte kompensieren.
14. Wir beabsichtigen, nach dem Vorbild der Stadt Tübingen, in Kooperation mit der HSE ein Investitionsprogramm zur Anschaffung energieeffizienter Haustechnik (z.B. Heizungswärmepumpen).
15. Wir unterstützen die Bauverein AG darin, verstärkt energetisch beispielhafte Projekte zu realisieren. Wir setzen aber auch auf Vermieter/-innen, denen mit dem ökologischen Mietspiegel Investitionen in Energiesparmaßnahmen attraktiver gemacht werden.
16. Um mehr Investitionen in Darmstadt zu erreichen, wollen wir die Vernetzung der zahlreichen unabhängigen Beratungsangebote entsprechender Institutionen in den Hochschulen, des Landes (Hessenenergie) und der Stadt (Agendabüro), des Instituts für Wohnen und Umwelt IWU, des Öko-Instituts, des Passivhaus-Instituts und der Verbraucherberatung fördern.

17. Der städtische Fuhrpark soll seine Vorbildfunktion ausbauen: wir wollen die CO₂-Grenzwerte pro Kilometer sukzessive absenken, der Magistrat wird hierbei seine Vorbildfunktion wahrnehmen.

Luftreinhaltung, Lärminderung, Flughafen und Fluglärm

1. Der Aktionsplan zur Reinhaltung der Luft mit den Fahrverboten für den Schwerlastverkehr wird konsequenter durchgesetzt.
2. Der Fluglärm, dem etwa ein Viertel der Darmstädter Bevölkerung im Norden durch die Abflugroute „KNG kurz“ ausgesetzt ist, bedeutet eine erhebliche Reduzierung der Wohn- und damit Lebensqualität. Wir werden die Interessen der Betroffenen in der Fluglärmkommission des Landes engagiert vertreten, denn nur dort können Änderungen hinsichtlich aktiven Lärmschutzes eingeleitet werden. Die Ergebnisse der laufenden Untersuchung bei der Auffächerung der Flugrouten werden wir überprüfen und umsetzen.
3. Der Standort Darmstadt hat eine hohe verkehrliche Anbindung an alle Verkehrssysteme und ist ein Zentrum für viele hochwertige Arbeitsplätze, was unter Umweltgesichtspunkten auch eine Herausforderung darstellt. Das erfordert schützende und ausgleichende Maßnahmen, um die Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Dies hängt unmittelbar mit den vorhandenen Aufenthalts- und Erholungsmöglichkeiten im Freien zusammen. So sind neben der Sicherung und Pflege der historisch gewachsenen Parks und der wohnumfeldnahen Grünanlagen, der Erhalt der offenen Landschaft und der Waldgebiete von hoher Bedeutung. Die Herstellung und Pflege dieser Grünflächen muss im städtischen Haushalt angemessen abgesichert werden. Denn neben ihrer ökologischen Funktion erfüllen sie eine wichtige soziale Aufgabe: Sie bieten vielen Menschen die einzige Möglichkeit, sich unter freiem Himmel zu entspannen.

Natur- und Landschaftspflege zur Naherholung

Mit dem Landschaftsplan der Wissenschaftsstadt Darmstadt steht seit 2004 ein Gesamtkonzept für Naturschutz, Landschaftspflege und Naherholung für das gesamte Stadtgebiet zur Verfügung. Für die einzelnen Natur- und Landschaftsräume Darmstadts benennt der Landschaftsplan Leitbilder, in denen all jene Räume festgelegt werden, die aus Sicht des Naturschutzes vorrangig zu bewahren sind: wie zum Beispiel wertvolle Naherholungsräume und Waldflächen, schützenswerte Biotope, aber auch

Klimaschutzflächen und fruchtbare landwirtschaftliche Böden, aber auch eine durchgrünte Bebauung der Konversionsflächen, die den Baumbestand respektiert und sich harmonisch in den Stadtwald einfügt. Mit Blick auf die vielen zu entwickelnden Areale im Darmstädter Osten (z.B. vom Mercksplatz, Woog, über das Umfeld Mathildenhöhe, Ostbahnhof, Rosenhöhe bis zum Hofgut Oberfeld) sehen wir dort im Zusammenhang zu entwickelnden stadt- und landschaftsplanerischen Schwerpunkt. Hierfür möchten wir Co-Finanzierungen prüfen.

Landwirtschaft

1. Zu einem zukunftsorientierten Nachhaltigkeitsverständnis gehört auch die nachhaltige Nutzung des Bodens und die Bewahrung der Bodenfruchtbarkeit. In der landwirtschaftlichen Produktion ist auf eine ökologische Wirtschaftsweise, eine Vielfalt an regionalen Produkten und Sorten und die Gestaltung regionaler Lebensräume zu achten.
2. Bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte sollte das Prinzip "Klasse statt Masse" Vorrang genießen. Ökologischen Mindeststandards und der Ausbau von biologischem Landbau fördern den Schutz und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft.
3. Die Initiative Domäne Oberfeld wird mit ihren landwirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und sozialen Angeboten von uns unterstützt. Sie ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie durch bürgerschaftliches Engagement ein zukunftsfähiges und –weisendes Projekt entstanden ist, das viele Menschen begeistert.
4. Das Stadtgut Gehaborn wollen wir erhalten und mit Maßnahmen aus den verschiedenen Workshops zusammen mit den Pächtern weiterentwickeln.

Abfallwirtschaft

Der im Abfallwirtschaftsgesetz festgehaltene Grundsatz "Vermeidung vor Verwertung vor Entsorgung" muss in der kommunalen Praxis umgesetzt werden.

1. Wir werden den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Darmstadt (EAD) auf seinem Weg zu einem vorbildlichen Entsorgungs- und Verwertungsunternehmen unterstützen. Um den jüngsten Verordnungen zur Abfallbeseitigung zu entsprechen, werden neue Entsorgungs- und Verwertungswege beschritten.

2. Wir wollen den EAD darin bestärken, in innovativen Anlagen sortenreine Materialien zu trennen: mit den erzielten Erlösen aus der Vermarktung der gewonnenen Rohstoffe können die Müllgebühren stabil gehalten, wenn nicht sogar gesenkt werden.

7. Mobilität und Verkehr – intelligent voran kommen

Mobilität ist der Schlüssel für die gesellschaftliche Teilhabe und damit die Basis für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft. Unmittelbar mit der Mobilität verbunden ist der daraus entstehende Verkehr, der die Nutzbarkeit des öffentlichen Raums vor besondere Herausforderungen stellt. Wir wollen allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere Alten, Kindern und Mobilitätseingeschränkten, gleichberechtigten Zugang zu Mobilitäts- oder Nutzungschancen im öffentlichen Raum ermöglichen. Die Auswirkungen von Lärm und Abgasen, dem zunehmenden Verbrauch öffentlicher Flächen für Fahrbahnen und Parkplätze und nicht zuletzt des Klimawandels auf die Lebensqualität wollen wir verringern.

Darmstädter Leitbild für Mobilität

Ökologische, ökonomische und soziale Aspekte werden im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung gleichermaßen berücksichtigt. Wir verfolgen die Idee einer lebendigen und lebenswerten Stadt, in der alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft die gleichen Chancen auf Teilhabe und Entwicklung haben. Der öffentliche Raum muss für alle gleichermaßen nutzbar sein. Dies ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Hierfür gilt es:

1. Den CO₂-Ausstoß des Verkehrs bis 2020 bezogen auf 1990 um 40% zu reduzieren. Der Erfüllungsgrad der Ziele werden wir in einem ‚Darmstädter Verkehrsfußabdruck‘ als Index der relevanten Verkehrsfolgewirkungen (insbes. Lärm, Schadstoffe inkl. CO₂, Flächenverbrauch, Unfallgefährdung, Trennwirkung) regelmäßig aufzeigen und damit transparent machen.
2. Die Menschen vor schädlichen Folgewirkungen des Verkehrs (Lärm, Abgase, etc.) zu schützen und unverzüglich für eine Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte zu sorgen
3. Die öffentliche Infrastruktur zügig zu sanieren, an die Erfordernisse des demografischen Wandels anzupassen und Nutzungsbarrieren aller Art abzubauen.
4. Verkehrsarme Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen gezielt zu entwickeln.
5. Gemeinschaftlich nutzbare Flächen zu stärken und auszubauen.

Wir werden unverzüglich damit beginnen, im Dialog mit der Stadtgesellschaft und der

Region einen „Masterplan Stadtentwicklung und Mobilität“ zu entwickeln. Durch die Integration der Verkehrsentwicklungsplanung, der Luftreinhalte- und Lärminderungsplanung in Kombination mit wesentlichen Aspekten der Wirtschaftsförderung, der Regional- und Bauleitplanung, der Landschaftsplanung und weiteren Aspekten werden wir den Grundstein legen, um eine aktive Steuerung der Entwicklung im Sinne unseres Leitbildes zu ermöglichen.

Auf Quartiersebene werden wir der Bürgerschaft in Zukunft im Rahmen der allgemeinen Entwicklungsziele der integrierten Stadtentwicklungs- und Mobilitätsstrategie mehr Angebote zur Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes im öffentlichen Raum bieten.

Entwicklung intelligenter Mobilität

Wir setzen strategisch auf eine intelligente Mobilität, die alle Verkehrsträger auf stadtverträgliche Weise gleichberechtigt kombiniert. Der PKW wird weiterhin seine funktionale Rolle haben. Wir setzen in Zukunft in Darmstadt vordringlich auf den klimaneutralen, lärmarmen und flächensparenden Rad- und Fußverkehr, ergänzt durch einen attraktiven öffentlichen Personenverkehr, den wir verstärkt fördern wollen. Wir wollen eine gegenseitige Rücksichtnahme und das kooperative Verhalten aller sich im öffentlichen Raum bewegender Bürgerinnen und Bürger.

1. Das Baurecht für die Nordostumgehung wird aufgehoben. Daraus ergibt sich die Verantwortung, im Rahmen des „Masterplanes Stadtentwicklung und Mobilität“ passgenaue Lösungen für die Anwohner-/innen und Verkehrsteilnehmer/-innen zu entwickeln. Wir werden dazu
 - vorhandene Straßen und Lichtsignalanlagen ertüchtigen,
 - den ÖPNV ausbauen
 - sowie insbesondere die verbesserte ÖPNV-Anbindung des Ostkreises voran treiben,
 - Radwege bauen,
 - uns dafür einsetzen, dass das LKW-Durchfahrtsverbot verstärkt kontrolliert wird,
 - dass die LKW-Mautpflicht auf der B-26 schnellstmöglich realisiert wird
 - sowie die Einrichtung einer Umweltzone prüfen.

2. Eine besondere Rolle im Rahmen eines breit aufgestellten Mobilitätsmanagements werden Information, Kommunikation, Motivation, Koordination und Service, aber auch eine veränderte Nutzung der bestehenden Infrastruktur erhalten. Damit sollen einerseits die Verkehrsteilnehmer/-innen über alle ihnen zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel besser informiert werden. Andererseits können die Verkehrsmittel besser gesteuert und vernetzt werden. Wichtig ist hierzu auch die Überprüfung der vorhandenen Beschilderung auf Notwendigkeit und Funktionalität. Als weiteres Beispiel hierfür streben wir die Entflechtung der Schulanfangszeiten an, die aktuell zu den extremen Lastspitzen speziell im ÖPNV führen.
3. Wir werden in Darmstadt eine „Sanierungsoffensive öffentlicher Raum“ starten. Wir werden dazu eine vollständige Bestandsaufnahme der Infrastruktur im öffentlichen Raum vornehmen und diese regelmäßig fortschreiben. Der Sanierung von Straßen, Fuß- und Radwegen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur (Ampeln, neue Leit- und Informationssysteme) kommt eine hohe Bedeutung zu. Unser Ziel sind verkehrssichere, leisere Verkehrswege. Dies wollen wir auch durch Frühsanierungsprogramme gewährleisten.
4. Wir werden fünfzig Prozent der aus der Abplanung der Nordostumgehung frei werdenden städtischen Mittel in ein Sofortprogramm zur Straßenbausanierung investieren, das Teil der „Sanierungsoffensive öffentlicher Raum“ ist.
5. Das Landesprogramm zur Sanierung der Winterschäden wird zügig umgesetzt.
6. Den gestarteten Modellversuch zu Tempo-30 auf der Heinrichstraße werden wir in Bezug auf seine Umfeldwirkungen (Lärm, Schadstoffe, Umfeldverträglichkeit) genau evaluieren. Auf Basis dieser eigenen Erkenntnisse und der Forschung kann Tempo-30 einzelfallbezogen auch auf anderen Hauptverkehrsstraßen in der Stadt zum Einsatz kommen, wenn dadurch die Stadtverträglichkeit des Verkehrs nachweislich verbessert wird.
7. Tempo-30-Zonen, wo bereits heute Radfahrer/-innen und Autofahrer/-innen problemlos im Mischverkehr die Straßen nutzen, und verkehrsberuhigte Bereiche (Spielstraßen) wollen wir ausbauen.
8. Wir wollen ein Parkraummanagement zur konsequenten Bewirtschaftung von Stellplätzen im öffentlichen Raum einführen. Anwohner/-innen genießen dabei Vorrang, den wir mit Anwohnerparkbereichen und Anwohnerladezonen sicherstellen werden.

9. Parkleitsysteme und andere stationäre oder gegebenenfalls dynamische Leitsysteme in der Innenstadt und den Stadtteilen werden wir fallbezogen prüfen. Voraussetzung für die Realisierung ist, dass die Maßnahmen klare positive Effekte für Stadt- und Umfeldverträglichkeit des Verkehrs leisten und eine gute Kosten-Nutzen-Relation erreicht wird. Es ist zu prüfen, ob die Nutznießer/-innen der jeweiligen Maßnahme an den Kosten beteiligt werden können.
10. Die Stellplatzsatzung als wesentliches Instrument zur Beeinflussung des Angebots von Stellplätzen für PKW und Fahrräder wollen wir konsequent weiter entwickeln.
11. Die städtische PKW-Flotte werden wir bis zum Jahr 2015 so umstellen, dass sie im Durchschnitt weniger als 100g CO₂ je km ausstoßen; bis 2020 wollen wir die Marke von 80g je km unterschreiten. Generell wird die Stadtverwaltung verstärkt auf Carsharing-Fahrzeuge für den städtischen Verbrauch zurückgreifen, die damit außerhalb der Dienstzeiten auch für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen. Das Angebot von Dienstfahrrädern in der Stadtverwaltung wird stark ausgebaut. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in den Unternehmen der Stadtwirtschaft gleiche Zielsetzungen verfolgt werden.

Fußverkehr und Radverkehr

1. Wir wollen die Verbesserung des Hauptfuß- und –radwegenetzes zügig umsetzen. Beginnend mit dem Jahr 2012 wollen wir pro Jahr je mindestens eine neue Hauptroute für den Rad- und Fußverkehr in Betrieb nehmen. Gemeinsam werden wir in diesem Rahmen zeitnah auch eine komfortable Umfahrungsmöglichkeit der Fußgängerzone für Radfahrer/innen schaffen, um die Situation dort zu entzerren.
2. Bestandteil dieser Haupttrouten werden auch Fahrradstraßen sein. Die in Ermangelung entsprechender planerischer Kapazitäten in der Stadtverwaltung nur schleppend begonnenen Planungen werden wir beschleunigen und zügig zu Ergebnissen führen.
3. Wir wollen Lücken im innerstädtischen Radwegeverbindungsnetz schließen. Der Verbindungsschluss aus der Innenstadt/Luisenplatz nach Bessungen soll vordringlich beseitigt werden.
4. Für das Hauptfußwegenetz werden wir eine Wegweisung nach Vorbild des Radverkehrsnetzes einrichten, mit dem wir auch Ortsunkundigen die Orientierung erleichtern wollen.

5. Die Innenstadt und die Quartierszentren müssen zu Fuß und mit dem Rad besser erreichbar sein. Hierfür werden wir in Kooperation mit den Geschäftstreibenden neben dem Wegenetz auch die Abstellsituation für Fahrräder, die Möglichkeit zur Gepäckaufbewahrung ebenso wie Serviceangebote rund um das Fahrrad verbessern. In der Innenstadt wollen wir wie am Hauptbahnhof ein Fahrradparkhaus einrichten.
6. Wir streben die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Fahrradverleihsystems an. Darin sollen auch elektrisch unterstützte Fahrräder (Pedelects) einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.
7. Die Abstellsituation für Fahrräder an den Bahnhöfen und vor öffentlichen Gebäuden werden wir durch zahlenmäßig ausreichende und sichere Anlagen verbessern.

ÖPNV

Vor dem Hintergrund der starken regionalen Verflechtungen werden wir die erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit im ÖPNV weiter ausbauen und stärken. Basis dieser Zusammenarbeit ist der kürzlich verabschiedete DADINA-Nahverkehrsplan, der die wesentlichen Ziele für den Zielhorizont 2016 und darüber hinaus beschreibt. Darüber hinaus setzen wir uns gemeinsam für folgende Ziele ein:

1. Die Anbindung Darmstadts an die umliegenden Oberzentren und die Region über die Schiene werden wir gemeinsam mit dem RMV und den beteiligten Kommunen weiter stärken. Wir wollen dazu vordringlich die Verbindung in Richtung Frankfurt nachfragegerechter ausbauen sowie die Einrichtung schneller Verbindungen nach Aschaffenburg, Mainz/Wiesbaden und insbesondere Mannheim/Heidelberg voran treiben. Wir werden mit aller Kraft gegenüber der Bahn den barrierefreien Ausbau aller Bahnhöfe im Stadtgebiet fordern und den städtischen Teil durch eine adäquate Umfeldgestaltung und eine gute Erschließung dazu beitragen.
2. Das Straßenbahnnetz wollen wir stärken und ausbauen, wo es nötig und sinnvoll ist. Dies ist kein Selbstzweck, sondern in vielen Fällen eine schlichte Notwendigkeit, um die zahlreichen an der Leistungsgrenze arbeitenden Bussysteme fortzuschreiben, die Qualität des Angebotes für die Fahrgäste langfristig zu sichern und weitere Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen. Besonders hoch ist der Druck in Richtung Roßdorf/Groß-Zimmern und zum Campus Lichtwiese der Technischen Universität. Die Anbindung der Konversionsflächen zwischen Darmstadt und

Eberstadt werden wir über eine neue Straßenbahnhaltestelle in der Heidelberger Straße und die Verlängerung der Linie 3 sicherstellen.

3. Im Busverkehr werden wir wo möglich die Fahrzeuge durch konsequente Bevorrechtigung an Ampeln weiter beschleunigen, um die Fahrzeit zu verkürzen. Dies betrifft unter anderem die Zufahrt über die B 26 sowie die B 449 am Böllenfalltor. Erschließungsmängel für die zahlreichen Nutzer zwischen den Quartieren oder den Siedlungsrandbereichen wollen wir über flexible Bediensysteme beheben. Die Buslinie AIR wollen wir als attraktive Anbindung an den Flughafen und auch als Zugang zum Bahnfernverkehr für alle Nutzer stärken und ausbauen. Die Weiterführung zum Darmstadtium wird geprüft.
4. Im lokalen und regionalen ÖPNV wollen wir zur Attraktivitätssteigerung Takt und Angebot nachfragegerecht weiterentwickeln. Abhängig von der Tageszeit verändern sich Fahrziele und Mobilitätsbedürfnisse, die derzeit teilweise ebenso wenig abgebildet werden wie Fahrten zu besonders später Stunde. Diesen Mobilitätsbedürfnissen wollen wir zukünftig besser gerecht werden.
5. Die Entwicklung attraktiver Ticketlösungen wie des MobiTicks werden wir fortsetzen. Besonders fördern wollen wir zielgruppenspezifische Angebote wie Job- und Kombitickets. Zudem wollen wir für die Gruppe der regelmäßigen, aber nicht täglich fahrenden ÖPNV-Nutzer-/innen (z.B. Teilzeitbeschäftigte) endlich ein adäquates Angebot schaffen.
6. Die Erfolge des eingeleiteten Qualitätswettbewerbs werden wir sichern und fortschreiben, um die für den ÖPNV benötigten öffentlichen Mittel auch in Zukunft so effizient wie möglich einzusetzen. Ein Teil der Qualitätssicherung wird durch den Einsatz des städtischen Unternehmens HEAG Mobilo gewährleistet.
7. Wir werden den barrierefreien Um- und Ausbau von Haltestellen weiter voran treiben, gegebenenfalls optimieren und so sicherstellen, dass auch mobilitätseingeschränkte Mitbürger-/innen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen können.
8. Wir werden in enger Zusammenarbeit mit dem RMV, der DADINA und den Verkehrsunternehmen mögliche faktische bzw. gefühlte Sicherheitsprobleme im ÖPNV ermitteln und zielgerichtet für Abhilfe sorgen.

Bahnverkehr und Bahnhochgeschwindigkeitsverkehr

Der Anschluss Darmstadts an den Bahnfernverkehr ist für uns ein unabdingbarer Standortfaktor. Daher werden wir uns nachdrücklich für den Erhalt der bestehenden Fernzughalte im Darmstädter Hauptbahnhof einsetzen und parallel dazu im Einklang mit unserer Strategie für den regionalen Schienen und Busverkehr (Buslinie AIR) die Anbindung an die umliegenden Fernbahnhöfe – speziell den Fernverkehrsknotenbahnhof in Mannheim – verbessern. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil selbst mit einem sehr zügigen Verfahren die Fertigstellung einer Neubaustrecke für den Bahnhochgeschwindigkeitsverkehr nicht vor 2020 zu rechnen ist.

Trotzdem werden wir unverzüglich an den ursprünglichen Konsens in der Stadt und in der Region anknüpfen, dass der Darmstädter Hauptbahnhof vollwertig mit einem Systemhalt über eine Vollenbindung an die Trasse angebunden wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der für die Finanzierung zuständige Bund die notwendigen Mittel nur unter dieser Maßgabe bereitstellt. Die Trassenführung werden wir in enger Kooperation mit den Bürger-/innen entwickeln und stadtverträglich gestalten. Dazu werden wir im Bedarfsfall einen Bürgerbeteiligungsprozess durchführen.

Motorisierter Individualverkehr

1. Wo möglich werden wir den Verkehrsfluss für den Kraftfahrzeugverkehr durch bauliche Maßnahmen und eine bessere Signalsteuerung verflüssigen und verstetigen, um lokale Emissionen insbesondere durch Anfahren und Bremsen zu verringern.
2. Wir prüfen, wie wir bestehende Überlastungen in den Hauptverkehrszeiten durch gezielte Steuerungsmechanismen umfeldverträglich verlagert werden können.
3. Carsharing werden wir konsequent fördern und ausbauen. Auch durch die gezielte Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen in den Quartieren wollen wir erreichen, dass allen Darmstädter-/innen eine Carsharing-Station innerhalb einer Fußwegdistanz zur Verfügung steht. Anknüpfungspunkte hierfür sind die vorhandenen Haltestellen im innerstädtischen Nahverkehr.
4. Bei der Umgestaltung von Knotenpunkten werden wir die Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren prüfen. Generell werden wir bestehende Ampeln speziell in Tempo-30-Zonen auf Ihre Notwendigkeit überprüfen und diese durch geeignete Querungshilfen ersetzen.

8. Stadtentwicklung und Wohnen - Darmstadt lebenswert gestalten

Darmstadt befindet sich aktuell in einer langfristig richtungsweisenden Phase seiner Stadtentwicklung. Dies erfordert kraftvolles politisches Handeln, basierend auf einem strategischen Leitbild der Stadtentwicklung, das nicht zuletzt durch die Beteiligung breiter Teile der Stadtgesellschaft erreicht werden soll. Die Bevölkerungszahl, junge und ältere Bevölkerungsgruppen, steigt. Es ist unser Ziel, dieses Wachstum sozialverträglich mit und zwischen den Generationen zu gestalten.

Dazu ist es notwendig, das wohnungsbaupolitische Ziel zu bekräftigen, jährlich bis zu 600 Wohneinheiten neu zu errichten. Dabei setzen wir auf ökologisch verträgliche, nachhaltige Innenentwicklung mit Augenmaß. Wir sehen ein attraktives, breit aufgestelltes Wohnungs- und Immobilienmarktangebot als wichtigen Standortfaktor für Wirtschaft und Wissenschaft im Wettbewerb um Fachkräfte an.

Der Trend zurück in die Stadt muss mit neuen Ansätzen in der Stadtplanung begleitet werden. Der Verwirklichung der städtischen Klimaschutzziele durch energieeffizientes Bauen und Sanieren kommt deshalb eine zentrale Bedeutung zu, um mittelfristig vertretbare Warmmieten und langfristig positive Umweltbedingungen garantieren zu können. Gleiches gilt für moderne Mobilitätskonzepte. Diese beiden Säulen bilden einen Kern unserer Nachhaltigkeitsstrategie.

Wir verstehen Stadtentwicklung als umfassende räumliche Begleitung aller wichtigen, förderwürdigen Funktionen, die den Stadtorganismus als Ganzes prägen. Neben dem Wohnen setzen wir deshalb einen Schwerpunkt auf der Entwicklung der Unternehmungen und der Wissenschaft in Darmstadt. Der Ausbau der bestehenden wissenschaftlichen Schwerpunkträume im Stadtgefüge ist ein wichtiges Ziel in Kooperation mit Hochschulen und Instituten. Die Chance für die Schaffung neuer, attraktiver Gewerbeflächen sehen wir insbesondere auf den Konversionsflächen im Westen der Stadt.

1. Dazu werden wir quartiersbezogen durch gezielte Ansiedlungspolitik attraktive Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf unterstützen, so dass jede/r Bürger/ in möglichst kurze Wege für seinen/ihren täglichen Einkauf hat.
2. Monostrukturelle Gebiete sind die sozialen Brennpunkte oder die Orte der Verteilungskämpfe von morgen. Das Miteinander von Wohnen und Arbeiten werden wir daher ebenso gezielt fördern wie das Miteinander unterschiedlicher kultureller und sozialer Milieus und der Generationen.

3. Wir werden aufgrund der vielerorts ökologisch nicht vertretbaren oder ohnehin nicht realisierbaren Flächenausweitung in den Außenbereichen eine vorsichtige Innenentwicklung und Nachverdichtung vorantreiben. Wir werden durch eine transparente Information und zeitnahe Beteiligung der Bevölkerung dafür sorgen, dass prägende Strukturen und Identitäten der betroffenen Gebiete erhalten werden.
4. Aufenthaltsqualitäten von Grünanlagen und autoverkehrsarmen Zonen werden wir stärken, gemeinschaftlich nutzbare Grünanlagen schaffen und pflegen und diese Zonen untereinander vernetzen. Verkehrsflächen in Quartieren müssen möglichst so gestaltet sein, dass sie auch als gemeinschaftliche Freiflächen für Bewegung, Spiel und Aufenthalt im Alltag nutzbar sind.
5. Wir stärken bürgerschaftliches und kleingewerbliches Engagement auch im Sinne von Baugruppen und lokalen Initiativen (z.B. Wohngenossenschaften).
6. Durch ein aktives Flächenmanagement werden wir die Potenziale zur Umnutzung bestehender Flächen künftig schneller ausschöpfen, um Verzögerungen zu vermeiden.

Wohnungspolitische Maßnahmen in Darmstadt

Die Darmstädter Bevölkerung wird auch in den nächsten Jahren weiter anwachsen, voraussichtlich mehr als 600 Wohnungen werden im Jahr zusätzlich gebraucht. Diese müssen den veränderten Haushalts- und Lebensstilen gerecht werden. Wir brauchen in Darmstadt eine sozial verträgliche Wohnungspolitik mit dem Augenmerk auf die vorhandenen Quartiere. Unerlässlich ist es aber auch, den energetischen Standard in den vorhandenen Wohnungsbeständen zu verbessern. In Deutschland werden 40 Prozent der Energie in Gebäuden verbraucht. Wenn die klimapolitischen Ziele realisiert werden sollen, dann müssen wir hier handeln.

Wohnungen müssen bezahlbar, familienfreundlich und energieeffizient sein. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt muss gemeinsam mit den Partnern am Wohnungsmarkt für alle Bevölkerungsschichten eine gute Wohnraumversorgung sichern. Das sind für uns die Herausforderungen an den Wohnungsmarkt in Darmstadt in den nächsten Jahren.

Wir erkennen gemeinsam die Notwendigkeit von ausreichend bezahlbarem Wohnraum in Darmstadt an. Das Rhein-Main-Gebiet und damit auch Darmstadt ist gekennzeichnet von einem außerordentlich angespannten Wohnungsmarkt mit hohem Mietpreisniveau. Gutes Wohnen muss aber für alle möglich sein, deshalb wird die Koalition folgende Maßnahmen

ergreifen:

1. Unverzichtbar für den Wohnungsmarkt in Darmstadt sind privates Engagement und das unseres kommunalen Wohnungsunternehmens. Mit der Bauverein AG haben wir ein Unternehmen, dessen Kerngeschäft wir in den Bereichen Wohnungsbau, dem Bau von Sozialwohnungen, der Bestandssicherung und der Bestandserweiterung in der Region sehen.
2. Unser eigenes Wohnungsunternehmen soll bei der notwendigen Sanierung des alten Gebäudebestands eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir erwarten, dass diese Maßnahmen aber unter weitestgehender Vermeidung von Verdrängungsprozessen durch nicht mehr bezahlbaren Wohnraum für die ursprünglichen Mieter-/innen erfolgt. Darüber hinaus müssen die Mieten des städtischen Wohnungsunternehmens auch weiterhin noch für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbar sein.
3. Wir legen ein kommunales Programm für bezahlbares Wohnen auf. Die auf die Bauverein AG entfallenden Dividenden-Anteile der Ausschüttungen durch die HEAG werden mindestens zur Hälfte zweckgebunden und verbindlich für Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen, insbesondere des Sozialen Wohnungsbaus oder für den Erwerb von Belegungsrechten eingesetzt. Die Bezuschussung von Bestandssanierungen bei gleichzeitiger Wiederherstellung einer Mietpreis -und Belegungsbindung ist ebenfalls sinnvoll und rundet die Maßnahmen zum Erhalt und der Wiederherstellung preiswerten Wohnraums ab.
4. Der verbleibende Teil der Dividende wird zweckgebunden zur Finanzierung einer möglichen Treuhandgesellschaft oder anderer Maßnahmen auf den Konversionsflächen eingesetzt.
5. Die derzeit noch im Eigentum der Stadt stehenden Wohnungsbestände wollen wir zum größten Teil an die Bauverein AG als gebundene Wohnungen verkauft. Genauer zu bestimmende Anteile des städtischen Wohnungsbestands sollen Trägern des Betreuten Wohnens oder anderer Sonderwohnformen angeboten werden.
6. Wir wollen den Wohnungsbestand der Bauverein AG in unserer Stadt erhalten und verbessern. Ein Verkauf von Wohnungen in Darmstadt soll mit Ausnahme von Mieterprivatisierungen unterbleiben. Wir sehen darin auch eine Möglichkeit zur

Stabilisierung und Mischung im Wohnquartier.

7. Wir werden Sofortmaßnahmen hinsichtlich der Wohnungssituation der Studierenden, auch wegen des erhöhten Bedarfs durch G8-Jahrgänge, mit den beteiligten Partnern abstimmen und realisieren.
8. Wir streben die zügige Bebauung der Konversionsflächen und anderer Entwicklungsareale, z.B. die freiwerdenden Klinikflächen in Eberstadt, an.
9. Um den gesetzten Klimazielen gerecht zu werden und die Heiz- und Energiekosten bezahlbar zu halten, werden wir in den nächsten Jahren darauf hinwirken, dass der Gebäudebestand saniert und energetisch ertüchtigt wird. Daher wollen wir auf kommunaler Seite durch die Fortführung von ökologischen Mietspiegeln Anreize schaffen, Investitionen in die energetische Ertüchtigung von Gebäuden zu belohnen.
10. Genossenschaftliches Wohnen, Wohnungseigentum und (geförderte) Mietwohnungen ergeben zusammen eine gute Mischung. Die Genossenschaft WohnSinn oder das Projekt Wohnart 3 und die Bauverein AG haben dies unter Beweis gestellt. Wir wollen innovative Konzepte zum generationsübergreifenden barrierefreien Wohnen in Darmstadt weiter fördern und Raum dafür zur Verfügung stellen.
11. Wir prüfen die Einführung des sogenannten Bielefelder Modells, mit dem die Stadt Bielefeld seit 2007 dem "Heraussaniertwerden" von KdU-Empfängerhaushalten entgegenwirkt. Bei den Kosten der Unterkunft wird der energetische Gebäudezustand und die sich daraus ergebende Nettokaltmiete berücksichtigt. Die Mehrkosten nach einer erfolgten Sanierung werden bei den eingesparten Heizkosten-Zuschüssen kompensiert.

Entwicklung der Konversionsflächen

Die militärischen Konversionsflächen, Jefferson- und Lincoln-Siedlung sowie die Cambrai-Fritsch-Kaserne bieten für Darmstadt die einmalige Chance, bei Sanierung, Umwandlung und Neubau die Grundlagen für lebenswerte Quartiere bereits im Entstehungsprozess zu legen. Diese Chance zur Neuentwicklung nachhaltiger Quartiere, die Anforderungen aus dem Klimawandel, eine neue Mobilität, demografischen Wandel und soziale Ausgewogenheit berücksichtigen, werden wir nutzen. Die Kelley-Barracks, das Nathan-Hale-Depot und das so genannte Griesheim-Airfield eignen sich vorrangig für die

Ergänzung des Angebots an gewerblichen Flächen, welches Darmstadt für die perspektivische ökonomische Weiterentwicklung ebenfalls benötigt.

Wir verfolgen für den Darmstädter Konversionsprozess folgende Ziele:

1. Kauf von Konversionsflächen durch die Stadt, ein oder mehrere Unternehmen der Stadtwirtschaft oder eine ausschließlich gemeinwohlorientierte Treuhandgesellschaft. Damit wollen wir die im bürgerschaftlichen Dialog bereits entwickelten Ziele besser verwirklichen sowie einen Nutzen-/Lastenausgleich zwischen unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnissen erreichen.
2. Die begonnene Bürgerbeteiligung zur Entwicklung von strategischen Leitbildern für die neuen Quartiere sowie ihre Rolle und ihre Interaktion in/mit der Stadt werden wir fortsetzen und intensivieren. Speziell werden wir auch die Interessenten und Akteure verstärkt ansprechen und einbeziehen, die sich bisher nicht an den partizipativen Prozessen beteiligen oder beteiligen können.
3. Wir werden den Konversionsprozess, wo dies möglich und sinnvoll ist, beschleunigen. Dazu werden wir schnellstmöglich den städtebaulichen Wettbewerb für das Cambrai-Fritsch-/Jefferson-Gebiet starten und mit den Beteiligungsprozessen verbinden. Die Weiternutzung aus städtischer Sicht vorhandenen und erhaltungswürdigen Wohnraums in der ehemaligen Lincoln-Siedlung wollen wir baldmöglichst realisieren. Die abschnittsweise Nutzung vorhandener Wohnpotentiale darf jedoch nicht die Entwicklungsfähigkeit der Gesamtflächen und die Nachhaltigkeit der Strukturen beeinträchtigen.
4. Unser Ziel ist, entsprechend der Bedarfe dreißig Prozent des entstehenden Wohnraumes ist für besondere Wohnformen (studentisches Wohnen, Wohnprojekte, genossenschaftliches Wohnen und betreute Wohnformen), sowie zwanzig Prozent für sozialen Wohnungsbau vorzusehen und zügig zu entwickeln.
5. Neubauten im Wohnungsbau sollen im Passivhausniveau, maximal jedoch mit einem Gesamtenergiebedarf von 50 kWh/m²/p.a. errichtet werden.
6. Vorhandene Grünflächen werden weitest gehend erhalten. Konversionsgebiete, die zur künftigen Wohnnutzung vorgesehen sind, sollen so entwickelt werden, dass großflächig autofreie Bereiche entstehen. Es wird eine zentrale Parkraumbewirtschaftung angestrebt.
7. Neben den derzeit besonders im öffentlichen Focus stehenden Konversionsflächen zwischen Eberstadt und Bessungen werden wir verstärktes Augenmerk auf die

weiteren Konversionsflächen zum Beispiel die freigesetzten Teile der Starkenburg-Kaserne der Bundeswehr, das EAD-Gelände in der Niersteiner Straße oder das Klinikgelände in Eberstadt legen und zügig die Planungs- und Entwicklungsprozesse voran bringen.

9. Kultur – Tradition und Moderne entfalten

Kultur schafft Lebensqualität. Kultur bringt Gäste und Begegnungen nach Darmstadt.

Darmstadt ist eine Stadt der großen kulturellen Traditionen und avantgardistischer Entwicklungen. Daher haben wir beste Voraussetzungen, dass unser attraktives Kulturangebot auch als harter Standortfaktor für neue Einwohnerinnen und Einwohner und Unternehmen betrachtet wird. Kultur ist für uns auch Motor einer zukunftsfähigen Stadtpolitik.

Dazu werden wir das enorme Potential und die große Vielfalt der kulturellen Einrichtungen Darmstadts mit überregionaler, internationaler Bedeutung nutzen und weiterentwickeln.

Wir wollen, dass Darmstadt als kulturell vitale Stadt wieder sichtbarer wird.

Kunst und Kultur müssen in unserer Stadt auch in Zukunft eine – für alle Bürgerinnen und Bürger erfahrbare – zentrale Rolle einnehmen.

1. Wir werden die kulturellen Standards sichern und gemeinsam mit den Kulturschaffenden und den Bürgerinnen und Bürgern neue kulturelle Initiativen entwickeln. Dazu bedarf es der Erstellung eines kulturpolitischen Leitbildes.
2. Im Kulturdezernat soll ein/e fachlich hoch qualifizierte/r unabhängige/r Kulturreferent/Kulturreferentin mit Koordinations- und Lenkungsaufgaben für die Entwicklung kommunaler Kulturpolitik eingesetzt werden. Diesem Prozess steht ein beratender Kulturbeirat zur Seite.
3. Als weiteres strukturbildendes und partizipatives Instrument werden wir einen Gestaltungsbeirat einsetzen, der grundsätzlich bei allen wesentlichen stadtplanerischen Maßnahmen eine gewichtige beratende Rolle erhalten soll.
4. Wir werden die Vielfalt des künstlerischen Lebens in Darmstadt durch eine solide finanzierte Förderpraxis sichern, die transparent und gerecht erfolgt. Hierzu sind die Kulturförderrichtlinien in Abstimmung mit dem Kulturbeirat und anderen Partnerinnen und Partnern zu überarbeiten. Es wird kein gegenseitiges Ausspielen der Freien Szene, von traditionellen, hochkulturellen, sub- und alternativkulturellen oder jugendkulturellen Angeboten mit uns geben.
5. Die aus der Kulturförderabgabe erzielten Einnahmen werden zur Förderung der freien Szene und der Unterstützung jugendkultureller Initiative eingesetzt.

6. Wir werden ein Gesamtkonzept zur Stärkung und besseren Vernetzung der vielfältigen Darmstädter Museumslandschaft (z.B. Institut Mathildenhöhe, Fachbereich Gestaltung, Landesmuseum, Bioversum, Jagdschloss, Porzellanschlösschen, Schlossmuseum, Kunsthalle, Galerien, Intef, Stadt- und Staatsarchiv sowie die städtische Kunstsammlung) erstellen. In diesem Zusammenhang streben wir eine Lösung für die angespannte Archiv- und Depotsituation an. Die Wiedereröffnung der kommunalen Galerie ist unser Ziel. Die Trägervereine zur Unterstützung der Museumslandschaft, wie beispielsweise die Freunde des Schlossmuseums Darmstadt, sind dabei unsere Partner.
7. Die Mathildenhöhe als internationaler Mittelpunkt des Jugendstils ist ein zentraler Identifikationsort Darmstadts. Wir werden sie durch eine denkmalgerechte Sanierung sichern und im Sinne der Gründungszeit weiter entwickeln. Die Aufwertung der Mathildenhöhe soll auch die Bewerbung als UNESCO-Weltkulturerbe unterstützen.
8. Die Entwicklung des Osthangs wird unverzüglich mit einem internationalen Wettbewerb und mit bürgerschaftlicher Beteiligung begonnen.
9. Pläne für ein Museum Sander möchten wir in einem transparenten Verfahren im Dialog mit den Beteiligten und der Bürgerschaft am Osthang zum Erfolg führen.
10. Darmstadt soll weiterhin eine aktive Rolle im Kulturfonds Rhein-Main einnehmen.
11. Wir bekennen uns zum Dreispartentheater des Staatstheaters. Wir bemühen uns unter Einbindung der Region gemeinsam mit der Landesregierung um eine bessere finanzielle Ausstattung des Staatstheaters.
12. Die Centralstation Kultur GmbH, die derzeit unter privatrechtlicher Führung steht, soll in die städtische Beteiligungsgesellschaft (Heag Holding) überführt werden. Die Centralstation soll als „Sozialnetzwerker“ und Kommunikationszentrum Bestandteil der Initiative zur Belebung der Innenstadt sein.
13. Wir werden das Angebot der Stadtteilbüchereien sowie des Büchereibusses erhalten.
14. Wir prüfen die Einführung einer Kulturcard, um Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultureinrichtungen zu erleichtern.
15. Wir wollen das Programm Schule kreativ erhalten.

16. Wir werden ein Gesamtkonzept für die Förderung und qualitative Sicherung der Kinder- und Jugendtheater in Darmstadt erstellen.
17. Der Denkmalpflege messen wir großen Wert im Sinne des Erhaltes kulturellen Erbes bei.
18. Wir werden die große Tradition der Erinnerungskultur in Darmstadt fortsetzen. Wir wollen das 'Denkzeichen Güterbahnhof' besser pflegen. Die Zugangsmöglichkeiten des Gedenkortes liberale Synagoge sollen erweitert werden. Als neue Aufgabe wollen wir die Schaffung eines Raumes für die Ausstellung „Verfolgung der Sinti und Roma“ prüfen.
19. Wir werden die Sanierungsarbeiten am Literaturhaus zügig zum Abschluss bringen.

10. Sport – Darmstadt in Bewegung halten

Als Teil einer lebendigen und gesunden Stadt und wichtiger Baustein der sozialen Infrastruktur ist Sport und Sportförderung für uns ein wichtiges Anliegen. Die Arbeit und das Engagement der Sportvereine werden von uns unterstützt. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für eine bewegte und bewegende Stadt, tragen in erheblichem Umfang zur Prävention bei und sind Orte des freiwilligen Engagements und ehrenamtlicher Verantwortung. Die Bedarfe der Bevölkerung reichen von Breitensport und Leistungssport bis hin zu leicht zugänglichen Bewegungsräumen, auch außerhalb der Vereinsstrukturen. Um dies zu fördern, werden wir in den kommenden Jahren folgende Projekte umsetzen:

1. Wir werden die finanzielle Förderung so gestalten, dass die Sport-Infrastruktur aufrecht erhalten und bedarfsorientiert weiter entwickelt wird. Wir werden Planungssicherheit für die Vereine schaffen. Grundlage müssen transparente und gerechte Förderkriterien bei der Bezuschussung, bei vertraglichen Regelungen und für die Planung notwendiger Investitionen sein.
2. Das Nordbad wird neu gebaut und neben der Nutzung als am Leistungssport orientiertes Trainingszentrum sowie als Schulsportzentrum der Öffentlichkeit auch zur Familien- und Freizeitnutzung zur Verfügung gestellt. Das Bad wird funktional und ohne kostenintensive Details geplant.
3. Das Stadion am Böllenfalltor werden wir gemessen an den sportlichen Erfolgen des SV 98 und den damit verbundenen notwendigen Kapazitäten sanieren bzw. einen Neubau gemeinsam mit dem Verein und Sponsoren prüfen.
4. Wir werden – entsprechend dem Sportentwicklungsplan der Stadt Darmstadt – niedrighschwellige Bewegungs- und Sportangebote, wie z. B. Bewegungsparcours für Ältere, Skateranlagen für Jugendliche, Lauf- und Radroutennetze usw. ausbauen.
5. Wir werden die Aktivitäten der Sportvereine enger mit dem Engagement im Gesunde Städte-Netzwerk verknüpfen.

11. Sicherheit und Ordnung – Gesicht zeigen, angstfrei leben

Darmstadt ist als Oberzentrum Anziehungspunkt für viele Menschen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen an urbane Strukturen und urbanes Leben. Wir bieten Platz für ein friedliches und tolerantes Miteinander in allen öffentlichen Räumen. Wir wollen mit einer entschiedenen, präventiven und rechtsstaatlichen Sicherheitspolitik die kommunalpolitischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass niemand aus objektiven oder subjektiven Gründen auf die Teilhabe am öffentlichen Leben verzichten muss.

Die Aufenthalts-, Lebens- und Wohnqualität in unserer Stadt ist auch geprägt durch subjektives und objektives Sicherheitsempfinden im privaten und öffentlichen Raum. Wir wollen deshalb die Sicherheitsarchitektur, in der Zusammenarbeit von Kommunalem Präventionsrat (KPRD), Kommunal-, Landes- und Bundespolizei darauf ausrichten, dass sich alle Bürger-/innen überall in der Stadt sicher und angstfrei bewegen können. Sicherheit bedeutet Freiheit. Sie ist ein zentraler Wert für das Miteinander einer gleichberechtigten Gesellschaft. Deshalb ist uns der Schutz der Bürger-/innen vor Gewalt und Verbrechen ein besonderes Anliegen. Wir möchten eine Kultur des Hinschauens und der gegenseitigen Hilfsbereitschaft fördern.

Präventive Arbeit hat hier einen hohen Stellenwert. Wir setzen auf konsequente Kriminalitätsbekämpfung genauso wie auf Prävention und stadt- und freiraumgestalterische Maßnahmen.

1. Wir wollen systematisch Angsträume und Problemfelder erfassen und entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in die Wege leiten.
2. Wir werden ein angemessenes und abgestimmtes Maßnahmenpaket entwickeln, das je nach Problemlage tragfähige Lösungen zwischen Stadt, Landespolizei, Jugendhilfe, Drogenhilfe, HEAG Mobilo und weiteren Akteuren darlegt. Eine zentrale Funktion nimmt hierbei der Kommunale Präventionsrat mit der bereits erfolgreich arbeitenden AG Sicherheit ein.
3. die Mitarbeiter-/innen des Ordnungsamtes müssen in die Lage versetzt werden, adäquat auf stadtteilbezogene Problemlagen reagieren zu können.
4. Stadtteilbezogenes Handeln unter Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner ist wichtiger Bestandteil der Maßnahmenpakete.

5. Wir werden die Wirkung der Präventionskonvention, die eine ausgewogene Basis für Repression und soziale Intervention bildet, weiterhin gemeinsam mit der Polizei und anderen Akteuren regelmäßig bewerten und entsprechende Evaluationsberichte vorlegen.
6. Sozialpolitisch flankierte Maßnahmen werden wir besonders im Kontext der Obdachlosenbetreuung und Sucht- und Drogenhilfe gezielt einsetzen.
7. Wir werden den Luisenplatz als Ort für alle Bevölkerungsgruppen zurück gewinnen und als attraktives Stadtzentrum gestalten.
8. Die Grünflächenpflege ist sichtbar zu verbessern. Hierzu ist eine gute Abstimmung zwischen EAD, Sportamt und Grünflächenamt notwendig. Es gilt hier, Synergien zu identifizieren und zu nutzen.

Die Freiwillige und die städtische Feuerwehr sowie die Hilfs- und Rettungsdienste sind unverzichtbar zum Schutz unserer Bürger und Bürgerinnen in Notlagen.

1. Wir werden die vorbildliche Arbeit des Brand- und Katastrophenschutzes sowie der Rettungsdienste weiter unterstützen und das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich umfassend, auch durch verstärkte Nachwuchsförderung, unterstützen.
2. Im Bereich der Feuerwehren dienen die Ergebnisse der dortigen Planungswerkstatt als Arbeitsgrundlage. So gilt es, die baulichen Voraussetzungen (z.B. durch Fertigstellung des Südbaus der Berufsfeuerwehr) ebenso zu verbessern, wie die nachhaltige Einsatzbereitschaft der Fahrzeuge, zeitgemäße Ausrüstung sowie Aus- und Weiterbildung.
3. Ehrenamtliches Engagement ist eine der wichtigsten Stützen unserer Gesellschaft und muss dementsprechend gefördert und gewürdigt werden. Die Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren muss gestärkt werden. Ziel ist insbesondere die Erschließung neuer Zielgruppen (Frauen, Migrantinnen), die verstärkte Beratung und Unterstützung der Feuerwehren über erfolgversprechende Werbeaktionen und -maßnahmen und die Auszeichnung von Feuerwehren, die sich im Bereich der Nachwuchsförderung besonders hervorheben.
4. Ein Augenmerk soll auch auf der Jugendfeuerwehr liegen. Gerade Kinder aus Migrantenfamilien sollen hier angesprochen und ermuntert werden. Dadurch wird die Integration intensiviert und vorangetrieben. Jungen Erwachsenen wollen wir die

Möglichkeit bieten, ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der Feuerwehr zu absolvieren.

5. Die Unterbringung des 3. Polizeireviers und der Freiwilligen Feuerwehr Arheilgen muss dringend verbessert werden. Wir setzen uns für einen gemeinsamen Neubau ein, beispielsweise am Ortsausgang von Arheilgen. Durch Gespräche mit dem Land Hessen und mit dem Polizeipräsidium Südhessen wollen wir eine zeitnahe Verbesserung erzielen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Darmstadt
Lauteschlägerstr. 38
64289 Darmstadt
Telefon 06151 - 61490
Telefax 06151 - 61401
kreisverband@gruene-darmstadt.de
www.gruene-darmstadt.de

CDU Darmstadt
Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Telefon 06151 - 17120
Telefax 06151 - 22964
info@cdu-darmstadt.de
www.cdu-darmstadt.de